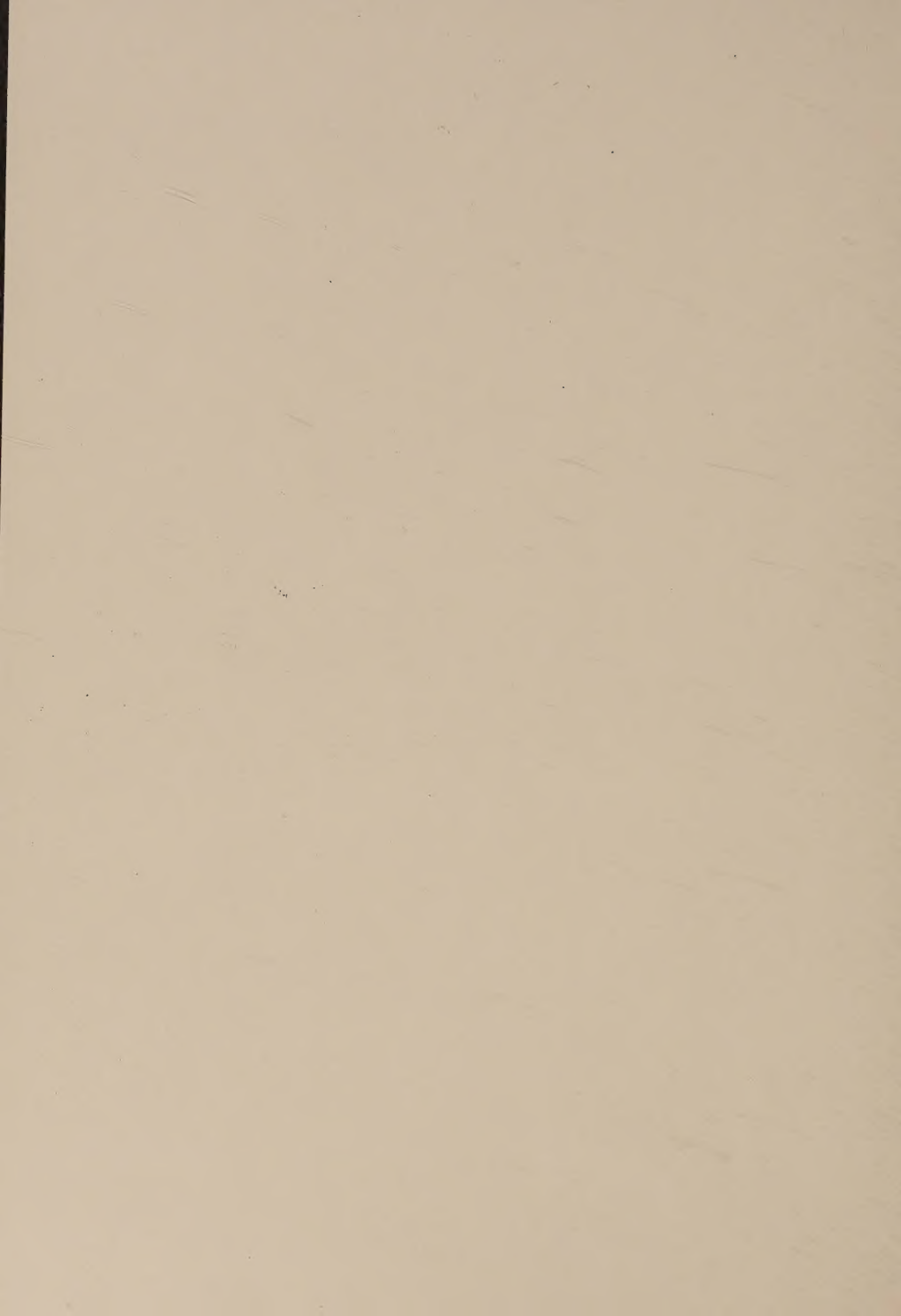


**EINE EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG ZUR PRAXIS DER
ENTMÜNDIGUNG AUS SOZIALPSYCHIATRISCHER SICHT**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
in der gesamten Medizin
an der Medizinischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität zu München

Ernst Stiglmaier

1982



Aus der Psychiatrischen Klinik der

Universität München

Direktor: Prof. Dr. H. Hippus

EINE EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG ZUR PRAXIS DER ENTMÜNDIGUNG
AUS SOZIALPSYCHIATRISCHER SICHT

I n a u g u r a l - D i s s e r t a t i o n
zur Erlangung der Doktorwürde in der gesamten Medizin
verfaßt und einer Hohen Medizinischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität zu München

vorgelegt von
Ernst Stiglmaier
aus
Nordendorf

München 1982

Mit Genehmigung des Fachbereiches Medizin der Universität
München

Berichterstatter: Prof. Dr. W. Mende

Mitberichterstatter: Prof. Dr. H. Hippus

Dekan: Prof. Dr. W. Spann

Tag der mündlichen Prüfung: 1. Juli 1982



INHALT

1.	<u>Einleitung</u>	
1.1.	Die derzeitige Entmündigungsgesetzgebung	3
1.2.	Kritische Einwände, Verbesserungsvorschläge in der Literatur	9
2.	<u>Problemstellung und Zielsetzung der Untersuchung</u>	12
3.	<u>Gegenstand und Methodik der Untersuchung</u>	14
4.	<u>Ergebnisse</u>	
4.1.	<u>Entmündigungsverfahren</u>	
4.1.1.	<u>Sozialdaten der zu Entmündigenden</u>	
4.1.1.1.	Alter	16
4.1.1.2.	Geschlecht	20
4.1.1.3.	Familienstand	21
4.1.1.4.	Schulbildung	23
4.1.1.5.	Erlerner Beruf	25
4.1.1.6.	Ausgeübter Beruf	26
4.1.1.7.	Staatsangehörigkeit	27
4.1.1.8.	Gebrechlichkeitspflegschaft	28
4.1.1.9.	Unterbringung nach dem Bayerischen Verwah- rungsgesetz	29
4.1.1.10.	Vorstrafen	29
4.1.2.	<u>Daten zu Ablauf und Inhalt des Verfahrens</u>	
4.1.2.1.	Entmündigungsgrund laut Antrag	30
4.1.2.2.	Antragsteller des Entmündigungsantrages	32
4.1.2.3.	Anreger des Entmündigungsantrages	32
4.1.2.4.	Ärztliches Attest beim Antrag	33
4.1.2.5.	Aufenthaltort des zu Entmündigenden	35

4.1.2. 6. Art und Inhalt des psychiatrischen Sachver- ständigengutachtens (Diagnosen)	36
4.1.2. 7. Anwaltschaftliche Vertretung des zu Entmündi- genden	49
4.1.2. 8. Protest, Beschwerde des zu Entmündigten	53
4.1.2. 9. Beschluß des Gerichts	54
4.1.2.10. Vormund	58
4.1.2.11. Entmündigungsquoten in München und Günzburg	62
4.2. <u>Wiederbemündigung</u>	64
4.2.1. <u>Sozialdaten der Wiedertzubemündigten</u>	
4.2.1.1. Alter	65
4.2.1.2. Geschlecht	66
4.2.1.3. Familienstand	67
4.2.1.4. Vormalige Entmündigung	68
4.2.2. <u>Daten zum Verfahren</u>	
4.2.2.1. Beschluß des Gerichts	71
4.2.2.2. Wiederbemündigungsquoten	72
4.3. <u>Auswertung der Zählkartenstatistik über die Ent- mündigungsverfahren</u>	73
4.3.1. Auswertung auf Bundesländer-Ebene	75
4.3.2. Auswertung auf Amtsgerichtsbezirk-Ebene	82
5. <u>Diskussion</u>	86
6. <u>Zusammenfassung</u>	95
7. <u>Literaturverzeichnis</u>	100

1. EINLEITUNG

1.1. Die derzeitige Entmündigungsgesetzgebung

Das Rechtsinstitut der Entmündigung ist gesetzlich im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) festgehalten. Dort heißt es in § 6 Abs. 1 Ziff. 1 bis 3:

Entmündigt kann werden:

1. wer infolge von Geisteskrankheit oder von Geistesschwäche seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag;
2. wer durch Verschwendung sich oder seine Familie der Gefahr des Notstandes aussetzt;
3. wer infolge von Trunksucht oder Rauschgiftsucht seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag oder sich oder seine Familie der Gefahr des Notstandes aussetzt oder die Sicherheit anderer gefährdet.

Und in Abs. 2 desselben § steht:

Die Entmündigung ist wieder aufzuheben, wenn der Grund der Entmündigung wegfällt.

Das BGB sieht ferner den - im Falle einer Entmündigung wegen Geisteskrankheit - gänzlichen Verlust der Geschäftsfähigkeit (§ 104 Ziff. 3) bzw. die - falls wegen Geistesschwäche entmündigt worden ist - Beschränkung derselben (§ 114 in Verbindung mit §§ 106ff) vor. Der Geschäftsunfähige steht rechtlich einem Kind unter sieben Jahren, der beschränkt Geschäftsfähige einem Minderjährigen zwischen sieben und 18 Lebensjahren gleich.

§ 1896 BGB regelt die wegen der Beschränkung bzw. des Verlustes

der Geschäftsfähigkeit notwendige Vormundschaft über volljährige Entmündigte: jedem Entmündigten wird vom Gericht ein Vormund beigeordnet, der seine bürgerlich-rechtlichen Interessen wahrzunehmen hat.

Die Entmündigung soll für den Betroffenen eine "Schutz- und Fürsorgemaßnahme"(Langelüddecke,35) sein. Bis auf § 6 Abs. 1 Ziff. 3(Entmündigung wegen Trunk- bzw. Rauschgiftsucht) kann das Ziel der Entmündigung nicht sein, die Allgemeinheit vor irgendwie störendem oder kriminellem Verhalten psychisch Kranker zu schützen(Langelüddecke,35; Ehrhardt,13). Demnach fallen Belange der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht in den Wirkungsbereich der Entmündigungsgesetzgebung, wie dies früher mancherorts angenommen wurde(Hartmann,24). Die Entmündigung ist kein Mittel der Verbrechensbekämpfung: "Wer seine Angelegenheiten trotz geistiger Störung zu besorgen vermag, kann nicht entmündigt werden, auch wenn er eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung bildet"(zit. nach Schumann/Lencker,46).

Obwohl die Entmündigung stark in die Persönlichkeitsrechte eingreift, ist sie also "niemals eine Straf-, sondern eine Schutzmaßnahme"(Mende,37), sollte der deutlichen Einschränkung der persönlichen Freiheit wegen aber auch einer "strengen Indikationsstellung"(Langelüddecke,35) unterliegen. Hauptzweck einer Entmündigung ist, den Geistesgestörten vor nachteiligen Folgen seiner geschäftlichen Handlungen zu schützen und ihn, falls anders nicht zu erreichen, einer geeigneten Behandlung zuzuführen(Mende,37).

Es ist zu beachten, daß nur das alleinige Vorhandensein einer geistigen Störung für eine Entmündigung nicht ausreicht. Hinzukommen muß vielmehr notwendigerweise (bei Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche) die Unfähigkeit des zu Entmündigenden, seine Angelegenheiten zu besorgen, infolge seiner Geistesstörung. Dabei sind unter "Angelegenheiten" etwa zu verstehen: die Verwaltung eines Vermögens oder eines für den Lebensunterhalt bestimmten Einkommens (z.B. Rente), die Sorge für die eigene Person und die Familie, die Berufstätigkeit, der Verkehr mit Behörden, ganz allgemein die Stellung im sozialen und öffentlichen Leben (Schumann/Lencker, 46).

Langelüddecke (35) weist darauf hin, daß beim Vorliegen der Voraussetzungen die Entmündigung erfolgen kann, sie muß es aber nicht. Wird in diesem Fall allerdings ein Antrag gestellt, dann muß die Entmündigung auch erfolgen.

Die im Gesetz vorgesehene Unterscheidung zwischen "Geisteskrankheit" und "Geistesschwäche" wird heute übereinstimmend so interpretiert, daß als "Geisteskrankheit" schwere und als "Geistesschwäche" leichtere Geistesstörungen anzusehen sind, wobei auch Umfang und Art der zu besorgenden Angelegenheiten eine gewisse Rolle spielen, v.a. im Hinblick auf die unterschiedlichen Auswirkungen einer Entmündigung wegen Geisteskrankheit bzw. Geistesschwäche auf die Geschäftsfähigkeit (Mende, 37). Zwischen den beiden gesetzlichen Begriffen ist somit keine qualitative, sondern eine quantitative Differenzierung zu treffen; "Geisteskrankheit" und "Geistesschwäche" dürfen daher nicht im medizinisch-diagnostischen Sinne verstanden werden, es sind juristische Begriffe (Mende, 37).

Einen Antrag auf Entmündigung können Angehörige(auch zweiten oder dritten Grades) und bei einer beabsichtigten Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche(nicht aber bei Trunksucht oder Rauschgiftsucht) auch der Staatsanwalt stellen. Nicht antragsberechtigt sind Ärzte; dies führt allerdings in der Regel nicht zu einer Behinderung einer notwendigen Entmündigung, da ohne größere Schwierigkeiten ein Entmündigungsantrag bei der Staatsanwaltschaft von ärztlicher Seite angeregt werden kann.

Vor einer Entscheidung über einen Entmündigungsantrag wegen Geistesschwäche oder Geisteskrankheit hat das Gericht den zu Entmündigenden persönlich unter Hinzuziehung eines Sachverständigen zu vernehmen. Dies darf nur in besonderen Ausnahmefällen unterbleiben(ZPO § 645; das Verfahren der Entmündigung ist nicht wie die Gebrechlichkeitspflegschaft in der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, sondern in der Zivilprozeßordnung(ZPO) geregelt). Wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche kann nur nach Anhörung mindestens eines Sachverständigen entmündigt werden(ZPO § 655); u. U. ist zur Begutachtung des Geisteszustandes des zu Entmündigenden eine zwangsweise Anstaltsunterbringung bis zu sechs Wochen möglich(ZPO § 656).

Für eine Entmündigung wegen Verschwendung oder Trunk- bzw. Rauschgiftsucht ist die Mitwirkung eines psychiatrischen Sachverständigen nicht zwingend vorgeschrieben, wiewohl in der Praxis bei Verfahren wegen Trunk- bzw. Rauschgiftsucht meist ein Sachverständiger gehört wird(Langelüddecke,35). Verfahren wegen Verschwendung sind äußerst selten und brauchen hier nicht besprochen zu werden. Entmündigung wegen Mittelsucht

ist angezeigt, wenn jemand aufgrund eines gewohnheitsmäßigen, auf einem Hang beruhenden Mißbrauchs von Alkohol oder Rauschgiften seine Angelegenheiten nicht mehr besorgen kann; die außerdem noch in Betracht kommenden Entmündigungsvoraussetzungen nämlich durch die Sucht hervorgerufener "Notstand" für die Familie oder Gefährdung der "Sicherheit anderer" sind angesichts des heutigen Systems der sozialen Sicherung bzw. des Fürsorgeaspekts der Entmündigung umstritten und fallen wegen Überwiegend rechtlicher Erwägungen ohnehin nicht in die Kompetenz des medizinischen Sachverständigen (Langelüddecke, 35).

Gegen den Entmündigungsbeschluß kann vom (diesbezüglich voll prozeßfähigen) Entmündigten oder seinem Vormund vor dem Landgericht Klage erhoben werden.

In dringenden Fällen kann nach § 1906 BGB eine vorläufige Vormundschaft errichtet werden, wenn dies zur Abwendung einer erheblichen Gefahr für die Person oder das Vermögen des zu Entmündigenden erforderlich ist. Zum Vormund kann vom Gericht jeder volljährige Deutsche bestimmt werden, sofern nicht gewisse Hinderungsgründe vorliegen (BGB § 1785). Liegen diese nicht vor, so besteht Verpflichtung, die Vormundschaft zu übernehmen (BGB § 1785). Bei der Auswahl des Vormundes sollen jedoch nach § 1779 BGB zunächst Verwandte und Verschwägerter des Entmündigten berücksichtigt werden. Dies alles gilt auch für den endgültigen Vormund, der nach dem Vorliegen eines Entmündigungsbeschlusses vom Gericht bestellt wird.

Die Befugnisse und Aufgaben des Vormundes umfassen v.a. die Personensorge, die Verwaltung des Vermögens, die Vertretung des Mündels in rechtlichen und geschäftlichen Dingen und das

Recht, dessen Aufenthalt zu bestimmen. Für eine mit Freiheitsentziehung verbundene Maßnahme z.B. die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus ist aber die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts notwendig (§§ 1897, 1800, 1631 BGB).

Insgesamt wird der Vormund zwar selbständig tätig, ist jedoch der Aufsicht des Vormundschaftsgerichts unterworfen, das v.a. (und meist nur) die Rechtmäßigkeit seiner Vermögensverwaltung überprüft (§§ 1837ff BGB).

Die vorläufige Vormundschaft endet mit der Rücknahme oder der rechtskräftigen Abweisung des Entmündigungsantrages bzw. wenn der zu Entmündigende ihrer nicht mehr bedarf (§ 1908 BGB). Die endgültige Vormundschaft endet mit der Wiederaufhebung der Entmündigung bzw. im Falle einer erfolgreichen Anfechtungsklage gegen die Entmündigung (§§ 1897, 1882 BGB).

Nach § 6 BGB muß die Entmündigung wieder aufgehoben werden, wenn ihr Grund wegfällt. Auch wenn die geistige Störung noch fortbesteht, ist die Entmündigung wiederaufzuheben, falls der Entmündigte seine Angelegenheiten wieder besorgen kann (Schumann/Lencker, 46). Die Wiederbemündigung erfolgt nur auf Antrag. Antragsberechtigt sind der Entmündigte, sein Vormund und der Staatsanwalt. Eine in gewissen Zeitabständen erfolgende Überprüfung der weiteren Notwendigkeit einer Entmündigung ist im Gesetz nicht vorgesehen und erfolgt auch in der Praxis so gut wie nicht.

Der Unterschied zwischen Vormundschaft und Pflegschaft besteht v.a. in der umfassenden Fürsorge der Vormundschaft für alle Angelegenheiten, während die Pflegschaft prinzipiell nur einzelne, nicht einen Kreis von Angelegenheiten umfassen sollte.

Zudem ist zur Errichtung und Aufrechterhaltung einer Pflegerschaft im vom Gesetz vorgesehenen Regelfall die Zustimmung des Pfleglings notwendig (zur derzeit davon abweichenden Praxis der (Zwangs-)Pflegschaft vgl. Wernitz, 58).

1.2. Kritische Einwände, Verbesserungsvorschläge zur derzeitigen Entmündigungsgesetzgebung

Immer wieder wird in der Literatur auf die veraltete, Mißverständnisse begünstigende Terminologie hingewiesen; so hätten die Begriffe "Geisteskrankheit" und "Geistesschwäche" im Gesetz eine ganz andere Bedeutung als im medizinischen Sprachgebrauch (Langelüddecke, 35; Ehrhardt, 13 u. a.). Ehrhardt (13) schlägt deshalb vor, die schon im neuen Strafrecht verwendete Terminologie einzuführen ("krankhafte seelische Störung").

Das Verfahren selber wird als uneinheitlich gewertet, insbesondere, weil die Entmündigung im Gegensatz zu der aus ihr resultierenden Vormundschaft oder der Pflegschaft verfahrensrechtlich in der Zivilprozeßordnung und nicht in der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (Bericht zur Lage der Psychiatrie, 4; Ehrhardt, 13). Zudem gilt es als "umständlich und langwierig" (Mende, 37). Um die Zweigleisigkeit von Entmündigung und Vormundschaft zu beseitigen, könnte daher auch im Sinne der Verfahrensvereinfachung das Entmündigungsverfahren in die Freiwillige Gerichtsbarkeit aufgenommen werden (Ehrhardt, 13).

Nicht sinnvoll erscheint Ehrhardt auch die Beschränkung des

staatsanwaltschaftlichen Antragsrechts auf Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche, da gerade bei Trunk- bzw. Rauschgiftsucht es den Angehörigen oft schwerfällt oder unmöglich ist den begründeten und notwendigen Antrag zu stellen; auch dem Gesundheitsamt und der Sozialbehörde sollte nach seiner Meinung ein solches vom Antragsgrund unabhängiges Antragsrecht eingeräumt werden.

Ferner wird eingewendet, daß die Entmündigung dem individuellen Einzelfall oftmals nur sehr unzureichend angepasst werden kann(Koester,30; Österreichischer Gesetzentwurf,28), und schon 1921 stellte Hübner(25) fest, daß zwischen einer Gebrechlichkeitspflegschaft und einer Entmündigung wegen Geistesschwäche eine große Lücke klappte. Um dem abzuhelpen, könnte der Richter "in einem Verfahrensgang das 'Betreuungsbedürfnis'feststellen und dem Betroffenen einen 'Betreuer' bestellen, dessen Befugnisse entsprechend den Erfordernissen im Einzelfall zu regeln wären." Wie schon oben ausgeführt, wäre damit gleichzeitig die Zweigleisigkeit des Verfahrens beseitigt, die mitunter dazu führt, daß ein Richter das Entmündigungsverfahren abwickelt und ein anderer, gar nicht mit dem speziellen Fall vertrauter die Bestellung des Vormundes besorgt. Die bisherige Vormundschaft und Pflegschaft entfielen; aus ihnen "wären nach Art und Grad unterschiedliche, individuell abgestufte und allein am Wohl des Kranken orientierte Formen der Betreuung zu entwickeln "(Ehrhardt,13).

Wiederholt wird die obligatorische Eintragung der Entmündigung in das Bundeszentralregister(früher Strafregister) als diskriminierend und nicht mehr sinnvoll beanstandet(Bericht zur Lage

der Psychiatrie,4; Ehrhardt,11-13; Wegener,54). Sie sollte demzufolge entfallen.

Die zu hohe Zahl von Entmündigungen mit großen regionalen Unterschieden sei zu verringern; insbesondere die häufige Entmündigung von stationär untergebrachten Patienten sei unangebracht(Ehrhardt,13; Koester,29). "Die Entmündigung vermag keine nennenswerte Hilfe bei der Behandlung und Rehabilitation stationär untergebrachter Patienten zu bieten"(Ehrhardt,13). Durch eine Verminderung der Zahl von Entmündigungen könnte es dann auch zu einer Entlastung der Vormünder kommen, die derzeit oftmals viel zu viele Mündel zu betreuen hätten, worunter die Fürsorge für das einzelne Mündel leide(Ehrhardt,13; Koester,29).

Angesichts der weitreichenden Bedeutung einer Entmündigung für den Betroffenen,"dem die persönlicheEntscheidungsfreiheit (genommen wird und dessen) Rechtspersönlichkeit weitgehend, wenn nicht gar vollkommen ausgelöscht" wird(van Delden,7), sollte diesem, wie dies in fast allen anderen die Persönlichkeitsrechte beschneidenden Verfahren geschieht, "zur Wahrung seiner Interessen ein Anwalt beigeordnet" werden(van Delden,7; ähnlich: Röhl,43).

Da die Entmündigung sich für die meisten Betroffenen immer noch als Einbahnstraße erweist, erscheint "dringendst die Einfügung eines Gesetzesparagraphen (geboten), der regelmäßige Überprüfung vorschreibt, ob die Voraussetzungen der Entmündigung noch vorliegen. Sowohl in der Beurteilung der der Entmündigung zugrundeliegenden Krankheit könnte eine Änderung eingetreten sein als auch sich der Kreis der zu besorgenden Angelegenheiten sich soweit reduziert haben, daß das Fortbestehen

der Entmündigung nicht mehr gerechtfertigt ist "(Koester, 29; vgl. auch: Seidel/Papperitz, 47).

2. PROBLEMSTELLUNG UND ZIELSETZUNG DER UNTERSUCHUNG

"Das schon als altehrwürdig zu bezeichnende Rechtsinstitut der Entmündigung befindet sich seit geraumer Zeit in der Diskussion" (Ehrhardt, 13). Nicht von ungefähr: seit Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches sind nur ganz geringfügige Änderungen am Entmündigungs- und Vormundschaftsrecht vorgenommen worden, so wurde in § 1800 die Notwendigkeit der gerichtlichen Genehmigung einer zwangsweisen Unterbringung des Mündels durch den Vormund und in § 6 Abs. 2 die Rauschgiftsucht als der Trunksucht gleichgestellter Entmündigungsgrund neu aufgenommen.

So gut wie die gesamte derzeit gültige Entmündigungsgesetzgebung einschließlich der Vormundschaft stammt jedoch aus dem Jahr 1900 und hat ihre Wurzeln noch vor der Jahrhundertwende. Seit diesen Tagen hat sich aber vieles, von dem die damaligen Gesetzesinitiatoren ausgegangen waren, sehr verändert und

eine Neugestaltung der Entmündigung und Vormundschaft betreffenden Gesetze ist überfällig. Das zeigt sich auch daran, daß solches in England bereits 1959, in Frankreich 1968 geschehen ist und Gesetzesnovellen in Belgien und Österreich vorliegen. Die Diskussion einer so wichtigen Gesetzesreform sollte sich aber auf statistische Daten zur gegenwärtigen Praxis der Entmündigung mit stützen können. Wie Ehrhardt(13) 1979 schreibt, gibt es freilich "im Bereich des Entmündigungsrechts ... nur lückenhafte und in mehrfacher Hinsicht unbefriedigende Statistiken."

Vielleicht gelingt es der hier vorliegenden Untersuchung, einige Lücken zu füllen. Sie versucht neben der Aufbereitung öffentlicher Statistiken, die heutige Praxis der Entmündigung vom sozialpsychiatrischen Standpunkt aus zu beleuchten und daraus gegebenenfalls Ansätze für eine Neuregelung der einschlägigen Gesetze aufzuzeigen.

Zugleich sei auf die Arbeiten von Wernitz über Pflegschaft(58), Wroblewski und Müller über Unterbringung nach Ländergesetz(59 und 60), die verwandte Themen behandeln, hingewiesen.

3. GEGENSTAND UND METHODIK DER UNTERSUCHUNG

Es wurden 279 Entmündigungsverfahren durch Einsichtnahme in die Amtsgerichtsakten ausgewertet; davon entfielen 244 auf das Amtsgericht München und 35 auf das Amtsgericht Günzburg. Außerdem wurden 64 Wiederbemündigungsverfahren untersucht, 60 am Amtsgericht München und 4 am Amtsgericht Günzburg; die Daten wurden auch hierbei den Gerichtsakten entnommen.

Der Einzugsbereich des Amtsgerichts München repräsentiert ein weitgehend großstädtisches Umfeld, derjenige des Amtsgerichts Günzburg ein ländlich-kleinstädtisches.

Einige Bemerkungen zur statistischen Bearbeitung:

Die Gesamtzahl der Entmündigungsverfahren, die 1978 vor dem Amtsgericht München begonnen wurden (nur die in 1978 begonnenen Verfahren waren Gegenstand der Untersuchung), beträgt 270, von denen 244 = 90,4% ausgewertet werden konnten; am Amtsgericht Günzburg konnten von 39 Entmündigungsakten aus den Jahren 1976 bis 1978 35 = 89,7% gesichtet werden. Da jeweils fast die Grundgesamtheit den statistischen Berechnungen zugrundeliegt (90,4% bzw. 89,7% der untersuchten Grundgesamtheit) erübrigen sich Signifikanztests bezüglich dieser Grundgesamtheit. Trotzdem wurden -bei maschineller Verarbeitung der Daten unproblematisch- solche Tests durchgeführt. Alle Unterschiede, denen Auffälligkeit zugemessen wurde, sind auch mindestens auf dem Niveau $p \leq 0,05$ signifikant.

Addieren sich die Zahlen der Fälle, die auf ein bestimmtes Merkmal und seine Ausprägungen hin untersucht werden, nicht auf 279 (bzw. 244 oder 35), so liegen "fehlende Angaben" vor,

wobei bezüglich des Merkmals aus den Akten nichts ersichtlich war.

Verschiedene Statistiken können nur am Gesamtkollektiv dargestellt werden, da mitunter eine zu geringe Fallzahl für Günzburg eine sinnvolle Interpretation nicht mehr zuläßt.

Alle Angaben beziehen sich auf zu Entmündigende (sofern nicht anders vermerkt) und nicht auf bereits Entmündigte. Die Untersuchung betrifft also in erster Linie die in einem Entmündigungsverfahren als Antragsgegner beteiligten Personen (für die eine Entmündigung beantragt wird); als Entmündigte werden die Personen bezeichnet, die durch Beschluß des Gerichts am Ende des Verfahrens entmündigt worden sind.

Unter "Bezirkskrankenhaus" ist ein psychiatrisches Großkrankenhaus zu verstehen, für das in anderen Bundesländern die Bezeichnung "Landeskrankenhaus" gängig ist.

4. ERGEBNISSE

4.1. ENTMÜNDIGUNGSVERFAHREN

4.1.1. Sozialdaten der zu Entmündigenden

4.1.1.1. Alter

Tab. 1

Altersverteilung der zu Entmündigenden, insgesamt und getrennt nach Geschlecht, in (): Über-18-jährige Wohnbevölkerung

Alter	insgesamt	männlich	weiblich
<30 Jahre	16,1%(23,3%)	18,4%(24,8%)	13,0%(22,0%)
30 - 39J.	12,9%(23,0%)	16,3%(25,9%)	9,2%(20,4%)
40 - 49J.	15,8%(17,1%)	24,5%(18,9%)	6,1%(15,5%)
50 - 65J.	19,4%(18,5%)	23,1%(16,8%)	15,3%(20,0%)
>65 Jahre	<u>35,8%(18,0%)</u>	<u>17,7%(13,6%)</u>	<u>56,5%(22,1%)</u>
	100,0%(100,0%) n=279	100,0%(100,0%) n=147	100,0%(100,0%) n=131

Das durchschnittliche Alter beträgt bei den unter-65-jährigen zu Entmündigenden (68,0% Männer, 32,0% Frauen) 40,0 Jahre (bei Männern: 40,6 Jahre, bei Frauen: 38,6 Jahre), bei Über-65-jährigen (26,0% Männer, 74,0% Frauen) 72,2 Jahre für die Männer und 74,4 Jahre für die Frauen (n=178 bzw. n=100).

Die in Tab. 1 in Klammern angegebenen Vergleichswerte beziehen sich auf die Über-18-jährige Wohnbevölkerung im Erhebungsbe-
reich, Stand 31.12.1978; das Kollektiv der Über-18-jährigen
Wohnbevölkerung entspricht bei nur einem Unter-18-jährigen

von 279 zu Entmündigenden sehr gut dem potentiellen Reservoir, aus dem sich die zu Entmündigenden rekrutieren.

Aus Tab. 1 läßt sich folgendes ablesen:

Bei den Altersklassen unter 65 überwiegen deutlich die Männer, über 65 ebenso deutlich die Frauen. Durch die wesentlich schwächere gleichsinnige Tendenz in der Bevölkerung wird dies nicht annähernd erklärt.

Im Vergleich zur über-18-jährigen Wohnbevölkerung sind bei den männlichen zu Entmündigenden die Altersstufen über 40 Jahren stärker vertreten, bei den Frauen dagegen nur die über 65. Von einem Entmündigungsverfahren werden also vor allem die mittleren, in geringerem Maße auch die höheren Altersstufen bei den Männern und ganz überwiegend, mehr als alle anderen Altersklassen zusammengenommen, die über 65 Jahre alten bei den Frauen betroffen. Ein relativ hoher Anteil der zu Entmündigenden befindet sich im Alter zwischen 18 und 21 Jahren, nämlich 8,2%(n=279), bei der Wohnbevölkerung über 18 Jahren sind das nur 4,3%. Man kann dies auf die größere Zahl von Oligophrenen zurückführen, bei denen mit Erreichen der Volljährigkeit ein Antrag auf Entmündigung gestellt wird.

Entmündigungsverfahren werden insgesamt vergleichsweise am häufigsten, aber nicht in so ausgeprägter Weise wie Pflegschaftsverfahren (vgl. Wernitz, 58), gegen ältere Menschen eingeleitet (36% der zu Entmündigenden, aber nur 18% der volljährigen Wohnbevölkerung sind über 65 Jahre alt). Dies steht im Zusammenhang mit der in den höheren Altersstufen zunehmenden Zahl und Schwere psychiatrischer Erkrankungen. Eine mögliche Erklärung für das Übergewicht der Männer in den jüngeren Jahren

verglichen mit den Frauen ist die stärkere soziale Kontrolle und berufliche Exposition der Männer, sodaß psychische Auffälligkeit weniger toleriert wird und mehr hervortritt als das bei Frauen der Fall ist.

Der überproportionale (ihren Bevölkerungsanteil weit überschreitende) Prozentsatz der über-65-jährigen Frauen könnte zurückgehen auf deren durchschnittlich höheres, cerebralsklerotische Prozesse begünstigende Lebensalter gemessen an den Männern derselben Altersklasse und den größeren Prozentsatz verwitweter und alleinstehender Personen unter den älteren Frauen, die im Falle einer geistigen Störung schnell ihrer Umgebung auffallen und fremder Hilfe bedürfen.

Tab. 2

Vergleich der Altersverteilung der zu Entmündigenden in München und Günzburg

Alter	München	Günzburg
<30 Jahre	14,4%(23,3%)	28,6%(23,9%)
30 - 39 J.	12,7%(23,3%)	14,3%(18,2%)
40 - 49 J.	14,8%(17,1%)	22,9%(17,9%)
50 - 65 J.	19,7%(18,4%)	17,1%(20,1%)
>65 Jahre	38,5%(17,9%)	17,1%(19,9%)
	<u>100,0%(100,0%)</u> n=244	<u>100,0%(100,0%)</u> n=35

In Klammern die Vergleichsdaten für die jeweilige volljährige Wohnbevölkerung.

Der höhere Prozentsatz junger zu Entmündigender in Günzburg rührt vom relativ großen Anteil Oligophrener im dortigen Kollektiv, der geringere alter zu Entmündigender in Günzburg ist vermutlich auf eine stärkere Familieneinbindung alter Menschen in dem hauptsächlich ländlichen Gebiet zurückzuführen.

Tab. 3

Gegenüberstellung der zu Entmündigenden und der letztlich Entmündigten(=Entmündigungsalter)

Alter	zu Entmündigende	Entmündigte(=Entmündigungsalter)
<30 Jahre	16,1%	15,9%
30 - 39 J.	12,9%	15,2%
40 - 49 J.	15,8%	16,5%
50 - 65 J.	19,4%	19,5%
>65 Jahre	35,8%	32,9%
	100,0% n=279	100,0% n=164

Die geringere Frequenz über-65-jähriger unter den Entmündigten ist durch eine nicht kleine Zahl (knapp 10%) von Todesfällen während des Verfahrens bei den über 65 Jahre alten zu Entmündigenden erklärbar, wodurch diese Personen zwar noch in die Klasse der über-65-jährigen zu Entmündigenden eingehen, nicht mehr aber in die entsprechende bei den Entmündigten. Im wesentlichen aber gleicht die Altersverteilung der zu Entmündigenden derjenigen der Entmündigten; die Verteilung des Entmündigungsalters läßt sich aus der zweiten Spalte von Tab. 3 ablesen.

4.1.1.2. Geschlecht

Tab. 4

Geschlecht der zu Entmündigenden, insgesamt und in München und Günzburg

	männlich	weiblich	
München	51,0%(47,8%)	49,0%(52,2%)	100,0%; n=243
Günzburg	82,9%(47,9%)	17,1%(52,1%)	100,0%; n= 35
Insgesamt	52,9%(47,8%)	47,1%(52,2%)	100,0%; n=278

Zwischen den zu Entmündigenden und den letztlich Entmündigten besteht hinsichtlich der Geschlechtsverteilung kein Unterschied. In Klammern die Vergleichswerte für die jeweilige über-18-jährige Wohnbevölkerung.

In München befinden sich unter den zu Entmündigenden etwas mehr Männer als Frauen; der Unterschied wird allerdings deutlicher, wenn man die Geschlechtsverteilung in der Bevölkerung berücksichtigt, wo die Frauen merklich in der Überzahl sind. Dagegen fällt bei den Günzburger zu Entmündigenden ein sehr starkes Übergewicht der Männer auf.

Führt man wie oben geschehen eine Auftrennung aller zu Entmündigender in unter- und über-65-jährige durch, so treten die Unterschiede schärfer hervor: bei den unter-65-jährigen sind die Männer wesentlich zahlreicher vertreten als die Frauen (68,0% zu 32,0%), bei den über-65-jährigen ist es umgekehrt (26,0% Männer und 74,0% Frauen). Diese Ungleichverteilung entspricht einem geschlechtsabhängig differenten diagnostischen

Spektrum.

Wie schon im vorigen Abschnitt erläutert, dürfte allgemein für den hohen Prozentsatz männlicher zu Entmündigender in den Altersklassen unter 65 Jahren die intensivere soziale Kontrolle und berufliche Exposition der Männer im Vergleich zu den Frauen verantwortlich zu machen sein. In Günzburg ist der Unterschied noch krasser, da hier einerseits die berufliche Tätigkeit von Frauen weniger häufig ist (geringere soziale Kontrolle) und andererseits der Anteil von alten Menschen, für die Entmündigung beantragt wird, an allen zu Entmündigenden kleiner ist. Beide Faktoren führen zu einer verminderten Zahl weiblicher zu Entmündigender. Gründe für das Überwiegen der Frauen bei den Über-65-jährigen zu Entmündigenden wurden schon in Abschnitt 4.1.1.1. auf Seite 18 angegeben.

4.1.1.3. Familienstand

Tab. 5

Familienstand der zu Entmündigenden in München und Günzburg und insgesamt

	ledig	verheiratet	geschieden	verwitwet
München n=222	37,4%(39,5%)	21,2%(48,4%)	14,9%(3,7%)	26,6%(8,4%)
Günzburg n= 34	64,7%(44,8%)	26,5%(46,2%)	8,8%	0,0%
Insgesamt n=256	41,0%(39,9%)	21,9%(48,2%)	14,1%	23,0%

Zu Tab. 5: Die in Klammern angegebenen Prozentsätze sind Vergleichswerte der gesamten jeweiligen Wohnbevölkerung, Stand: Volkszählung 1970 (neuere Daten lagen nicht vor).

Bei den letztlich Entmündigten liegt im Vergleich zu den zu Entmündigenden der Anteil der Ledigen und Geschiedenen höher (insgesamt: 44,3% und 15,8%), derjenige der Verheirateten niedriger (insgesamt: 14,6%; n=158).

Der hohe Anteil der Geschiedenen und Verwitweten unter den Münchener zu Entmündigenden, der Ledigen im Günzburger Kollektiv im Vergleich zur jeweiligen Wohnbevölkerung fällt vor allem auf.

Daß bei psychiatrischen Patienten Ledige, Geschiedene und Verwitwete einen größeren, Verheiratete einen geringeren Prozentsatz ausmachen als in der Wohnbevölkerung ist bekannt und man darf annehmen, daß die bekannten Erklärungsmöglichkeiten dafür auch für die zu Entmündigenden (und noch deutlicher für die Entmündigten) zutreffend sind.

Allerdings sieht man, daß die Ledigen bei dem Münchener Kollektiv nicht stärker als in der Wohnbevölkerung vertreten sind. Abgesehen davon, daß bei den Vergleichswerten der Wohnbevölkerung auch alle ledigen Kinder und Jugendlichen den Anteil der Ledigen vermehren (Kinder und Jugendliche spielen unter den zu Entmündigenden keine Rolle) und deshalb der Prozentsatz der Ledigen in der volljährigen Wohnbevölkerung mit Sicherheit um einiges niedriger als angegeben liegen dürfte, trägt auch noch ein statistischer Verschiebungseffekt zu dem

scheinbar relativ niedrigen Prozentsatz der Ledigen unter den zu Entmündigenden in München bei. Da bei diesen der Anteil der Verwitweten verglichen mit der Wohnbevölkerung ziemlich hoch ist, erscheint in dessen Folge der Anteil der Ledigen relativ zur Wohnbevölkerung kleiner als er wirklich ist.

Klammert man nämlich sowohl bei den Münchener zu Entmündigenden als auch bei der dortigen Wohnbevölkerung die Verwitweten aus, so erhält man für die Wohnbevölkerung einen korrigierten Prozentsatz von 43,1% Ledigen, für die zu Entmündigenden jedoch einen solchen von 53,2%! Aus den genannten Gründen ist auch für die Münchener zu Entmündigenden ein gegenüber der volljährigen Wohnbevölkerung erhöhter Anteil der Ledigen anzunehmen.

Die im Vergleich zur Wohnbevölkerung geringere Häufigkeit von Verheirateten bei den zu Entmündigenden ist in München wie in Günzburg klar zu erkennen.

4.1.1.4. Schulbildung

Tab. 6

Volks(Haupt)schule oder Sonderschule: 83,5%(70,1%)

Mittlere Reife oder Fachschule : 10,8%(23,6%)

Abitur oder (Fach)Hochschulbildung : 5,7%(6,4%)

n=157; 100,0%(100,0%)

In Klammern die Angaben für die Wohnbevölkerung, Stand: Volkszählung 1970.

Zu Tab.6:

Noch in Ausbildung Befindliche wurden nicht berücksichtigt. Bei den Entmündigten ist der Anteil von Personen mit lediglich Sonderschulbildung höher (22,3% gegenüber 20,4% bei allen zu Entmündigenden), der der Personen mit höherer Schulbildung deutlich niedriger (2,7%; n=112).

Der erhöhte Prozentsatz von zu Entmündigenden mit Volks- bzw. Sonderschulbildung relativ zur Bevölkerung hat seine Ursache in den Oligophrenen, die nur eine Sonderschule besuchen konnten (20,4%). Auffällig seltener als in der Bevölkerung sind dagegen bei den zu Entmündigenden Personen mit mittlerer Schulbildung festzustellen.

Weniger leichtere Krankheitsverläufe als vielmehr bessere Verteidigungsmöglichkeiten und eventuell eine geringere soziale Distanz zwischen Gutachter und Begutachtetem sind vermutlich die Gründe für die niedrigere Häufigkeit von Personen mit höherer Schulbildung bei den Entmündigten sowohl im Vergleich mit den zu Entmündigenden wie mit der Bevölkerung. Der Unterschied wird noch offensichtlicher, vergleicht man Entmündigte und nicht Entmündigte: während bei den Entmündigten nur 2,7% eine höhere Schulbildung hatten, findet sich eine solche bei immerhin 13,3%(n=45) der nicht-Entmündigten.

4.1.1.5. Erlerner Beruf

Tab. 7

Erlerner Beruf der zu Entmündigenden

Kein erlernter Beruf: 52,4%

Facharbeiter : 18,1%

Angestellter : 19,0%

Selbständiger : 7,1%

Beamter : 1,4%

In Ausbildung : 1,9%

n=210; 100,0%

Die Entmündigten weisen noch mehr Ungelernte auf als die zu Entmündigenden (59,4%; n=138).

Eine Vergleichsstatistik der Bevölkerung existiert für den erlernten Beruf nicht; der Anteil derjenigen aber, die keinen Beruf erlernt haben, ist bei den zu Entmündigenden (und den Entmündigten) mit Sicherheit größer als in der Bevölkerung. Zieht man die Berufsstatistik heran, die jedoch nur den jeweils ausgeübten Beruf erfaßt, so ergibt sich für die erwerbstätige Münchener Bevölkerung folgendes Bild: 36,6% Arbeiter, 44,8% Angestellte, 8,3% Beamte und 8,3% Selbständige (Stand: Volkszählung 1970).

Bei den zu Entmündigenden (und noch mehr bei den letztlich Entmündigten) sind also im Vergleich zur erwerbstätigen Bevölkerung - unter der Annahme, daß keine zu großen Verschiebungen zwischen dem erlernten und dem ausgeübten Beruf

erfolgen - die Arbeiter (Ungelernte und Facharbeiter) eindeutig überrepräsentiert, Angestellte und Beamte hingegen kommen viel seltener vor, während Selbständige etwa gleich stark vertreten sind. Möglicherweise hindern bereits präexistente charakterliche oder intellektuelle Störungen das Ergreifen eines mit einer besseren Ausbildung verbundenen Berufes bzw. einen beruflichen Aufstieg oder aber es vermindert eine befriedigendere berufliche Tätigkeit die Wahrscheinlichkeit des Auftretens schwerer psychischer Störungen.

4.1.1.6. Ausgeübter Beruf

Von den zu Entmündigenden sind lediglich 11,2% in dem Sinne erwerbstätig, daß sie bis mindestens sechs Monate vor dem Zeitpunkt des Entmündigungsantrags einer geregelten beruflichen Tätigkeit nachgingen, 88,8% (n=214) sind, als der Antrag auf Entmündigung gestellt wird, bereits länger als sechs Monate ohne regelmäßige Arbeit.

Nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1970 waren im Erhebungsbereich dieser Untersuchung 52,0% der Wohnbevölkerung erwerbstätig. Bei den zu Entmündigenden sind es erheblich weniger, wohl dadurch bedingt, daß dem Entmündigungsantrag in aller Regel ein schon länger dauernder, eine normale Erwerbstätigkeit ausschließender Krankheitsprozeß vorausgeht. Auch wenn noch einem Erwerb nachgegangen wurde, handelte es

sich dann meist nur um eine Hilfsarbeitertätigkeit (62,5%; n=24).

4.1.1.7. Staatsangehörigkeit

Tab. 8

Staatsangehörigkeit der zu Entmündigenden

Deutsch : 96,4%(86,8%)

Andere und staatenlos: 3,6%(13,2%)

n=279; 100,0%(100,0%)

In Klammern die Angaben für die volljährige Wohnbevölkerung,
Stand: Volkszählung 1970, im Erhebungsbereich.

Wie man sieht befinden sich unter den zu Entmündigenden viel weniger Nichtdeutsche als in der entsprechenden Wohnbevölkerung. Dies hat mit großer Wahrscheinlichkeit vor allem zwei Gründe: erstens ist die Altersstruktur der nichtdeutschen Bevölkerung ganz anders als die der deutschen. Es überwiegen die jüngeren und mittleren Jahrgänge bei deutlich weniger älteren Menschen. Somit entfallen bei der nichtdeutschen Bevölkerung größtenteils die wegen organischer Psychosen des höheren Lebensalters erfolgenden Entmündigungsverfahren (nur 3,4% der nichtdeutschen, aber 20,3% der deutschen Bevölkerung im Erhebungsbereich sind über 65 Jahre alt). Zweitens kehren psychisch Kranke ausländische Mitbürger - freiwillig oder unfreiwillig -

oft, bevor es zu einem Entmündigungsverfahren kommt, in ihr Heimatland zurück. Bei Unterbringungsverfahren nach dem Bayerischen Verwahrungsgesetz (vgl. Wroblewski, 59 und Müller, 60) ist die Häufigkeit von Nichtdeutschen nahezu ihrem Bevölkerungsanteil gleich, sodaß eine geringere Anfälligkeit für schwerere psychische Erkrankungen nicht als Grund für das seltenere Auftreten dieser Personengruppe in Entmündigungsverfahren angesehen werden kann.

4.1.1.8. Gebrechlichkeitspflegschaft

Von allen zu Entmündigenden standen 27,6% bereits vor Stellung eines Entmündigungsantrages unter Pflegschaft (n=279). Das Entmündigungsverfahren wird dann insbesondere deswegen eingeleitet, weil die Pflegschaft erweitert werden soll und jetzt in ihrem Umfang einer Entmündigung gleichkäme. Meist treten zu Vermögens- noch Aufenthaltsangelegenheiten oder umgekehrt, wodurch sich die Notwendigkeit einer umfassenden Fürsorge ergibt. Hin und wieder ist der Grund eines Entmündigungsantrages auch darin zu sehen, daß der Pflegling mit der weiteren Dauer der Pflegschaft nicht mehr einverstanden ist.

4.1.1.9. Unterbringung nach dem Bayerischen Verwahrungs- gesetz

Zum Zeitpunkt des Entmündigungsantrages sind 7,6% der zu Entmündigenden nach dem Bayerischen Verwahrungsgesetz untergebracht. Weitere 7,5% waren früher einmal nach diesem Gesetz untergebracht, insgesamt 7,2% waren oder sind zum wiederholten Mal verwahrt.

Faßt man Pflegerschaft und Verwahrung zusammen, so hatten schon vor dem Entmündigungsverfahren Kontakt mit anderen gesetzlichen Maßnahmen, die psychisch Kranke betreffen, lediglich 34,1% der zu Entmündigenden. Bei ca. zwei Dritteln ging jedoch dem Entmündigungsverfahren keine andre weniger eingreifende Maßnahme voraus.

4.1.1.10. Vorstrafen

17,6% der zu Entmündigenden sind vorbestraft. Dieser Prozentsatz liegt weit über dem für die Bevölkerung. Unter den Entmündigten beträgt der Anteil der Vorbestraften gar 23,8% (n=164) verglichen mit nur 8,7% bei den nicht Entmündigten. Bei einem Drittel der Vorbestraften erfolgt das Entmündigungsverfahren im Zusammenhang mit der Beendigung einer strafprozessualen Unterbringung. Und während von allen Verfahren 57,7% mit einer Entmündigung enden, sind es in diesem Fall

87,5% (n=14).

Die Entmündigung scheint offensichtlich doch Ordnungs- und Sicherheitsaspekte zu berühren, die nicht ihr eigentliches Feld sind(vgl. Ehrhardt,13,Langelüddecke,35 im Gegensatz zu Hartmann,24).

4.1.2. Daten zum Verfahren

4.1.2.1. Entmündigungsgrund laut Antrag

Tab. 9

Im Antrag genannter Grund der Entmündigung in München und Güzburg und insgesamt

Grund	München	Güzburg	Insgesamt
Geisteskrankheit	7,4%	34,3%	10,8%
Geistesschwäche	9,4%	62,9%	16,1%
Trunk- bzw. Rauschgiftsucht	7,0%	2,9%	6,5%
Geisteskrankheit/ Geistesschwäche	76,2%	0,0%	66,7%
	100,0% n=244	100,0% n= 35	100,0% n=279

Insgesamt lauten also 93,5% der Anträge auf Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche, 6,5% auf Entmündigung wegen Trunk- bzw. Rauschgiftsucht. Im untersuchten Zeitraum erfolgt kein Antrag auf Entmündigung wegen Ver-
schwörung.

Am Amtsgericht München wird - ganz im Gegensatz zu Günzburg - in drei Viertel der Anträge nicht zwischen dem Entmündigungsgrund "Geisteskrankheit" und "Geistesschwäche" unterschieden, es heißt dann im Antrag "Geisteskrankheit oder Geistesschwäche." Da aber das Gericht ohnehin, wenn der Antrag auf "Geisteskrankheit" bzw. "Geistesschwäche" lautet, an den benannten Grund nicht gebunden ist und auch zwischen beiden nicht qualitativ, sondern nur quantitativ zu differenzieren ist, erscheint dies unbedeutend.

Der doch recht geringe Anteil von Anträgen wegen Trunk- bzw. Rauschgiftsucht angesichts eines hohen Prozentsatzes einschlägiger Erkrankungen (s. Abs. 4.1.2.6.) ist dadurch bedingt, daß hier gleich Entmündigung wegen Geistesschwäche beantragt wird. Ein solches Vorgehen wird von daher verständlich, daß bei den in dieser Untersuchung erfaßten Suchtstoffabhängigen eine Entmündigung in der Regel sehr spät beantragt wird, wenn nach langem Mißbrauch von Alkohol oder Drogen meist schon schwerere Spätschäden aufgetreten sind, oft nach vielen Entziehungskuren und Verwahrungen, die keine Besserung gebracht hatten. Freilich sollte bei Suchtstoffabhängigen die Entmündigung "nicht erst dann erfolgen, wenn die Depravierung der Persönlichkeit bereits fortgeschritten ist" (Mende,37). Dem steht aber der Umstand entgegen, daß der Staatsanwalt eine Entmündigung wegen Trunk-/Rauschgiftsucht nicht beantragen kann und so Süchtige behandelnde Ärzte nur bei den Angehörigen eine Entmündigung anregen können, die jedoch häufig nicht bereit sind, "den wohlbegründeten und notwendigen Antrag zu stellen."(Ehrhardt,13)

4.1.2.2. Antragsteller

Von Angehörigen der zu Entmündigenden stammen 34,1% der Anträge auf Entmündigung, vom Staatsanwalt die verbleibenden 65,9% (n=261).

In Günzburg stellen Angehörige etwas seltener den Antrag als in München (27,5% gegenüber 34,5% in München), was durch den geringeren Prozentsatz alter zu Entmündigender in Günzburg zu erklären ist, da bei diesem Personenkreis häufiger Angehörige als Antragsteller auftreten.

4.1.2.3. Anreger des Entmündigungsantrages des Staatsanwaltes

Tab. 10

Anreger des Entmündigungsantrags der Staatsanwaltschaft

Arzt des Bezirkskrankenhauses (= psychiatrisches Fachkrankenhaus)	: 57,0%
Arzt des Gesundheitsamts	: 18,6%
Landgerichtsarzt	: 9,3%
Andere (Sozialamt, Altersheime u.ä.)	: 14,0%
Kein Anreger	: 1,2%
	n=172; 100,0%

Kommt der Entmündigungsantrag vom Staatsanwalt, so ist diesem in den allermeisten Fällen eine Art Anregung einen Antrag zu stellen von gewissen Seiten zugegangen, die selbst kein

Antragsrecht besitzen. Diese Anregung kommt in der überwiegenden Zahl der Fälle von einem Arzt des Bezirkskrankenhauses (= psychiatrisches Fachkrankenhaus, in anderen Bundesländern ist die Bezeichnung "Landeskrankenhaus" üblich) und nicht selten auch von einem Arzt des Gesundheitsamtes. Stellen sozialer Betreuung (Sozialamt, Altersheime) werden in München öfter als Anreger tätig als in Günzburg (15,0% gegenüber 8,7% in Günzburg), vermutlich infolge der bei den Münchener zu Entmündigenden stärker vertretenen höheren Altersklassen.

Festzuhalten bleibt, daß der Staatsanwalt so gut wie immer (in 170 von 172 Anträgen von seiner Seite) nur als formeller Antragsteller für einen nicht selber antragsberechtigten Anreger fungiert.

4.1.2.4. Ärztliches Attest beim Antrag

Tab. 11

Ersteller des Attestes über den zu Entmündigenden

Ärzte am Bezirks-		
krankenhaus	: 50,2%	Landgerichtsarzt : 9,5%
Psychiater des		
Gesundheitsamtes	: 15,6%	Andere Fachärzte : 9,1%
Niedergelassene		
Nervenärzte	: 9,1%	Praktische Ärzte : 6,5%
		n=231; 100,0%

Wird dem Antrag auf Entmündigung kein ärztliches Attest beigegeben, so lehnt das Gericht in der Regel die Einleitung eines Entmündigungsverfahrens ab.

Die Mehrheit der ärztlichen Atteste über die zu Entmündigenden stammt von Ärzten des Bezirkskrankenhauses (Fach- wie Assistenzärzten), mit weitem Abstand folgt die Gesundheitsbehörde. Niedergelassene Nervenärzte erstellen nur einen kleinen Teil der Atteste, wohingegen immerhin 15,6% aller ärztlichen Bestätigungen von fachfremden Ärzten kommen.

Tab. 12

Vergleich der Diagnosen im Attest auf Übereinstimmung mit den Diagnosen im Gutachten des Sachverständigen

Diagnosen

Organische Psychosen	: 87%; n=56
Schizophrener Formenkreis	: 94%; n=32
Suchterkrankungen	: 86%; n=43
Oligophrenie	: 97%; n=33
Neurosen und Psychopathien	: 20%; n= 5
Andere Psychosen	: 50%; n=10

Die in dem dem Antrag beigelegten ärztlichen Attest genannten Diagnosen stimmen weitgehend mit denen im Gutachten des Sachverständigen überein.

Ausführlich eingegangen auf die Diagnosen wird im übernächsten Absatz.

4.1.2.5. Aufenthaltort

Tab. 13

Aufenthaltort des zu Entmündigenden zum Zeitpunkt der Stellung des Entmündigungsantrages

Ort

Eigene Wohnung/ bei Angehörigen	: 36,9%
Bezirkskrankenhaus	: 40,9% (s. Tab. 13a)
Alters- oder Pflege- heim ..	: 17,6%
Anderer Ort	: 4,7%
n=279; 100,0%	

Tab. 13a

Bei Aufenthaltort "Bezirkskrankenhaus": wie lange befindet sich der zu Entmündigende zum Zeitpunkt der Antragstellung bereits dort?

Seit weniger als zwei Monaten	: 53,5%
Zwischen zwei und sechs Monaten:	20,2%
Seit mehr als sechs Monaten	: 26,3%
n=114; 100,0%	

Ein großer Teil der zu Entmündigenden befindet sich zum Zeitpunkt der Stellung des Entmündigungsantrages im Bezirkskrankenhaus, die Mehrzahl davon seit weniger als zwei Monaten, mehr als ein Viertel aber schon seit über einem halben Jahr.

Von allen diesen sind nur 28,1% zum ersten Mal in einem psychiatrischen Krankenhaus, 12,3% schon zum zweiten und 59,6% bereits zum dritten Mal oder öfter. Allerdings wurden von der Gesamtheit der zu Entmündigenden 54,8% bis zum Beginn ihres Entmündigungsverfahrens noch nie in einem psychiatrischen Krankenhaus behandelt.

Von den Entmündigten hält sich fast die Hälfte (48,1%; n=154) bei Antragstellung im Bezirkskrankenhaus auf.

4.1.2.6. Gutachten des psychiatrischen Sachverständigen

Tab. 14

Ersteller des Gutachtens über den zu Entmündigenden

Ärzte des Bezirkskrankenhauses: 90,5%

Davon Fachärzte : 69,7%

Assistenzärzte: 30,3%

Landgerichtsärzte : 5,3%

Andere Nervenärzte : 4,2%

n=190; 100,0%

Die Gutachtenerstellung in Entmündigungsverfahren ist offenbar eine eindeutige Domäne der Ärzte an Fachkrankenhäusern für Psychiatrie und Neurologie im Sinne der Enquete (in Bayern: Bezirkskrankenhäuser). 87,5% aller Gutachten stammen von Ärzten der beiden im Erhebungsbereich liegenden (München-Haar und Günzburg), weitere 3,0% von auswärtigen Fachkrankenhäusern.

Die übrigen Gutachten werden von Landgerichtsärzten oder anderen Nervenärzten erstellt (5,3% und 4,2%). Letztere sind zur Hälfte niedergelassene Nervenärzte und zu je einem Viertel Psychiater am Gesundheitsamt und an der Universitätsnervenklinik. Diese drei Gruppen von Psychiatern spielen allerdings bei der Erstellung von Entmündigungsgutachten nur eine sehr untergeordnete Rolle. So sind von 190 erfaßten Gutachtern nur vier niedergelassene Nervenärzte und lediglich zwei Ärzte an der Universitätsnervenklinik.

Tab. 15

Art der Gutachtenerstellung

Stationär	: 50,5%
Ambulant	: 28,9%
Bei der Mündlichen Verhandlung	: 20,5%
n=190; 100,0%	

Die Hälfte der Gutachten stützt sich auf die Beobachtung des zu Entmündigenden während eines stationären Aufenthaltes in einem psychiatrischen Fachkrankenhaus, über ein Viertel auf eine ausführliche ambulante Untersuchung. Bei immerhin 20% der Gutachten beruht die Aussage des Sachverständigen nur auf der relativ kurzen und oberflächlichen Inaugenscheinnahme des Betroffenen anlässlich der richterlichen Vernehmung. Allerdings bestehen hier diagnoseabhängige Unterschiede (s. Tab. 16).

Tab. 16

Art der Gutachtenerstellung nach Diagnosen

Diagnose	stationär	ambulant	bei der Mündlichen V.
Organische Psychosen:	27,2%	34,5%	38,2%; n=55/100,0%
Schizophrener Formenkreis :	71,4%	20,0%	8,6%; n=35/100,0%
Suchterkrankungen :	87,8%	12,2%	0,0%; n=41/100,0%
Oligophrenie :	28,1%	37,5%	34,4%; n=32/100,0%
Neurosen und Psychopathien :	71,4%	28,6%	0,0%; n= 7/100,0%
Andere Psychosen :	11,8%	29,4%	58,8%; n=17/100,0%

Bei organischen Psychosen und Oligophrenie stützt sich das Gutachten häufig nur auf die Inaugenscheinnahme des zu Entmündigenden während der richterlichen Vernehmung, da die diagnostische und prognostische Beurteilung hier nicht selten sofort offensichtlich ist. Demgegenüber findet die Begutachtung Schizophrener und Suchtkranker ganz Überwiegend unter stationären Bedingungen statt. Zu "andere Psychosen" rechnen hauptsächlich paranoide Syndrome des höheren Lebensalters (ICD 297.2), die oft gleich bei der Mündlichen Verhandlung begutachtet werden.

Im Durchschnitt (Median) werden von den Sachverständigen zehn Wochen für die Anfertigung des Gutachtens benötigt. In München dauert es im Mittel über elf Wochen, in Günzburg dagegen nur sechs bis dem Richter das Gutachten über den zu Entmündigenden vorliegt. Die Korrelation zwischen diesem Zeitraum und der Gesamtdauer des Verfahrens (Median = 21 Wochen) ist mit

$k = 0,88$ ($n=192$) sehr hoch, d.h. es besteht fast eine lineare Beziehung zwischen beiden. Die Dauer der Gutachtenanfertigung ist demnach mit hoher Wahrscheinlichkeit der limitierende Faktor für die Gesamtdauer des Verfahrens.

Daß die Gutachtenerstellung in München wesentlich mehr Zeit in Anspruch nimmt als in Günzburg, dafür dürfte nicht zuletzt die viel größere Zahl von Gutachten, die manche Sachverständige in München pro Jahr abfassen, und der im Vergleich zu Günzburg doppelt so große Umfang dieser Entmündigungsgutachten verantwortlich sein.

Von den drei meistbeschäftigten Sachverständigen in München stammen 38, 36 bzw. 18 Entmündigungsgutachten von insgesamt 167 bei den in 1978 dort begonnenen Verfahren (Anteil dieser drei Sachverständigen an allen Münchener Entmündigungsgutachten: 55,1%). In Günzburg fertigt der am meisten beschäftigte Sachverständige nur acht Entmündigungsgutachten in drei Jahren an.

Erfahrung ist bei Sachverständigen in jedem Fall wünschenswert. Trotzdem erscheint es fraglich, ob die Qualität des einzelnen Entmündigungsgutachtens immer positiv von der Tatsache, daß der betreffende Sachverständige - neben der klinischen Tätigkeit und Gutachten für andere Zwecke - noch sehr viele andere Entmündigungsgutachten verfaßt, beeinflußt wird oder ob der Umfang eines Gutachtens schon ein Qualitätsmerkmal ist, zumal er oft durch das seitenweise Abschreiben aus der Krankengeschichte erreicht wird.

Tab. 17

Diagnosen	Hauptdiagnosen (insgesamt)
Organische Psychosen	: 28,0% (44,0%)
Davon senile und präsenile Demenzen	: 87,5%
Suchtstoffabhängigkeit und Folgeerkrankungen	: 22,0%(32,5%)
Davon Alkoholabhängig- keit und Folgeleiden	: 86,4%
Schizophrener Formenkreis	: 19,5% (19,6%)
Oligophrenie	: 17,5% (25,5%)
Neurosen und Psychopathien	: 3,5% (16,9%)
Andere Psychosen	: 6,0% (11,5%)
Keine psychiatrische Krankheit	: 3,5% (3,5%)
	n=200; 100,0% (153,5%)

In Klammern angegeben ist die prozentuale Verteilung bei Berechnung von Mehrfachdiagnosen, d.h. unter Berücksichtigung von bis zu drei Diagnosen (Hauptdiagnose und zwei Nebendiagnosen). Die Zahlen bezeichnen den Prozentsatz von Fällen, in dem die betreffende Diagnose insgesamt genannt wird (des- halb über 100%). Erste Spalte = Verteilung der Hauptdiagnosen.

Wie aus Tab. 17 hervorgeht, überwiegen bei den zu Entmündigen- den die organischen Psychosen die anderen psychiatrischen Er- krankungen. Unter jenen wiederum stehen die senilen und prä- senilen Demenzen mit fast 90% ganz im Vordergrund. Davon ent- fallen über die Hälfte auf die arteriosklerotische (ICD 290.4) und etwa ein Drittel auf die einfache senile Demenz (ICD 290.0), der Rest vor allem auf die präsenile Demenz (ICD 290.1), die

jedoch insgesamt (ca. 2%) selten ist. Bei den anderen organischen Psychosen finden sich in der Hauptsache nichtalkoholische Korsakow-Syndrome (ICD 294.0) und Demenzen bei an anderer Stelle klassifizierten Krankheitsbildern (ICD 294.1). Mit insgesamt 22,0% folgen die auf Suchtstoffabhängigkeit zurückzuführenden psychiatrischen Erkrankungen. Mit 86,8% Anteil an dieser Kategorie zeigt sich die dominierende Rolle der alkoholinduzierten Störungen. In mehr als der Hälfte der Fälle handelt es sich hier um ein alkoholbedingtes chronisches organisches Psychosyndrom (ICD 291.2), der Rest entfällt zu ungefähr gleichen Teilen auf alkoholische Korsakow-Syndrome und auf einfache Alkoholabhängigkeit, meist in Verbindung mit Persönlichkeitsstörungen nichtpsychotischen Ausmaßes (ICD 291.1 bzw. 303).

Die dritte Gruppe stellen Erkrankungen aus dem schizophrenen Formenkreis. Knapp die Hälfte davon sind chronische Rest- und Defektzustände (ICD 295.6), mehr als ein Viertel macht die paranoide Form aus (ICD 295.3) und der Rest entfällt auf hebephrene und schizoaffektive Formen (ICD 295.1 bzw. 295.7). Fast ebenso häufig vertreten wie die Schizophrenien sind oligophrene Zustände, die sich je zur Hälfte auf leichten Schwachsinn (ICD 317.1) und schwerere Formen (ICD 318) verteilen. Neurosen und Psychopathien spielen als Hauptdiagnosen in Entmündigungsverfahren nur eine untergeordnete Rolle, haben aber als Nebendiagnosen eine gewisse Bedeutung.

Die Rubrik "Andere Psychosen" setzt sich vor allem aus Psychosen des manisch-depressiven Formenkreises und paranoiden Syndromen zusammen (ICD 296 bzw. 297).

Bei 3,5% der Begutachteten kann der Sachverständige keine psychiatrische Krankheit feststellen.

Die in Klammern gesetzte zweite Spalte von Tab. 17 gibt den Gesamtprozentsatz aller Fälle an, in denen die betreffende Diagnose genannt wird. Die Differenz zur ersten Zahl (=Hauptdiagnose) kommt dadurch zustande, daß viele Diagnosen immer wieder auch als Nebendiagnosen zusätzlich zu der ausschlaggebenden Hauptdiagnose angeführt werden. Als "härteste" Diagnose erweist sich die Schizophrenie. Sie wird durchweg als Hauptdiagnose gewertet. Organische Psychosen, Suchterkrankungen und Oligophrenie dagegen fungieren in etwa einem Drittel der Nennungen als Nebendiagnosen. Nur selten als Hauptdiagnosen, relativ oft aber als Nebendiagnosen tauchen Neurosen und Psychopathien auf.

Tab. 18 Altersverteilung der Hauptdiagnosen

Diagnose/Alter	bis 30J.	30-39J.	40-49J.	50-65J.	über 65J.
Organische Psychosen	0,0%	0,0%	3,2%	21,6%	77,0%
Schizophrenien	20,0%	27,6%	29,0%	29,7%	6,6%
Suchterkrankungen	5,7%	34,5%	48,4%	37,8%	4,9%
Oligophrenie	65,7%	27,6%	9,7%	2,7%	0,0%
Neurosen und Psychopathien	2,9%	3,4%	3,2%	5,4%	3,3%
Andere Psychosen	5,7%	6,9%	6,5%	2,7%	8,2%
	<u>100,0%</u> n=35	<u>100,0%</u> n=29	<u>100,0%</u> n=31	<u>100,0%</u> n=37	<u>100,0%</u> n=61

Bei den unter-30-jährigen zu Entmündigenden stehen klar die Oligophrenen an erster Stelle, auch Schizophrenen sind hier häufiger vertreten. Bei den zwischen 30 und 40 Jahre alten Kranken werden neben noch einem Viertel Oligophrenen und gleich vielen Schizophrenen ein Drittel Suchterkrankter (inkl. Folgekrankheiten) gefunden. Zwischen 40 und 50 Jahren schließlich überwiegen die suchtbedingten Krankheiten ganz eindeutig bei nahezu konstant gebliebenen Anteil der Schizophrenen. In der folgenden Altersstufe bis zum 65. Lebensjahr machen Sucht(folge)leiden mit über einem Drittel noch immer den Hauptteil aus, und neben weiterhin knapp über einem Viertel Schizophrenen wird bei jedem fünften zu Entmündigenden eine organische Psychose diagnostiziert. Über 65 Jahren dann sind alle anderen psychiatrischen Erkrankungen außer organischen Psychosen ohne größere Bedeutung, und diese setzen sich hier fast nur aus senilen und arteriosklerotischen Demenzen zusammen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Oligophrenie vor allem bis zum 30. Lebensjahr als Diagnose im Entmündigungsverfahren eine Rolle spielt, Schizophrenen in allen Altersstufen mit Ausnahme der über 65-jährigen bedeutsam sind, Süchte und deren Folgezustände in den mittleren Lebensjahren vorherrschen und organische Psychosen ganz besonders bei den über-65-jährigen zu Entmündigenden im Vordergrund stehen. Außer den genannten Diagnosen haben Neurosen und Psychopathien ebenso wie seltener Psychosen in allen Altersklassen bei Entmündigungsverfahren nur eine untergeordnete Bedeutung.

Tab. 19

Geschlechtsverteilung der Hauptdiagnosen

Diagnose	männlich	weiblich	
Organische Psychosen	16,2%(30,4%)	44,8%(69,6%)	/(100%; n=56)
Sucht(folge)-krankheiten	34,3%(81,8%)	9,2%(18,2%)	/(100%; n=44)
Schizophrenien	22,9%(61,5%)	17,2%(38,5%)	/(100%; n=39)
Oligophrenie	18,1%(55,9%)	17,2%(44,1%)	/(100%; n=34)
Andere Psychosen	3,8%(33,3%)	9,2%(66,7%)	/(100%; n=12)
Neurosen und Psychopathien	4,8%(71,4%)	2,3%(28,6%)	/(100%; n= 7)
	<u>100,0%</u> n=105	<u>100,0%</u> n= 87	

Die Prozentzahlen vor der Klammer geben die Verteilung innerhalb des Geschlechts an, in Klammern stehen die Werte, die man erhält, wenn man für jede Diagnose die Aufteilung in männliche und weibliche zu Entmündigende durchführt.

Die häufigste Diagnose bei den männlichen zu Entmündigenden sind Sucht(folge)erkrankungen, gefolgt von Schizophrenien und Oligophrenie. Organische Psychosen spielen bei ihnen im Gegensatz zu den Frauen keine so große Rolle. Bei den weiblichen zu Entmündigenden stehen die organischen Psychosen ganz im Vordergrund. Daneben haben noch Schizophrenien und Oligophrenie eine gewisse Bedeutung, dagegen sind Sucht(folge)krankheiten hier eher selten.

Insgesamt überwiegen die männlichen zu Entmündigenden bei allen

Diagnosen mit Ausnahme der organischen Psychosen und der unter "andere Psychosen" zusammengefaßten meist paranoiden Syndrome des höheren Lebensalters, und zwar ist dieses Übergewicht stärker als dem ohnehin größeren Anteil der Männer im Kollektiv aller zu Entmündigenden entspricht (Vergleichswert: 51,0%). Das Übergewicht der Frauen bei den organischen Psychosen wie auch bei den in der Rubrik "andere Psychosen" subsummierten Erkrankungen erklärt sich durch den hohen Anteil des weiblichen Geschlechts an den über-65-jährigen zu Entmündigenden.

Tab. 20

Verteilung der Hauptdiagnosen in München und Günzburg

Diagnose	München	Günzburg	insgesamt
Organische Psychosen	33,1%	3,7%	29,0%
Sucht(folge)-krankheiten	24,7%	11,1%	22,8%
Schizophrenien	16,3%	44,4%	20,2%
Oligophrenie	15,7%	33,3%	18,1%
Andere Psychosen	6,6%	3,7%	6,2%
Neurosen und Psychopathien	3,6%	3,7%	3,6%
	100,0%	100,0%	100,0%
	n=166	n= 27	n=193

In München kommen die Diagnosen "organische Psychose" und "Sucht(folge)erkrankung" viel häufiger als in Günzburg vor, dort wiederum sind Schizophrenie und Oligophrenie deutlich öfter anzutreffen. Hierfür ist sicherlich einerseits die

stärkere Familieneinbindung der besonders von organischen Psychosen betroffenen alten Menschen auf dem Lande und die geringere Frequenz von Suchtleiden dort andererseits verantwortlich zu machen. Darüberhinaus läßt aber die Tatsache, daß in Günzburg die Gesamtaufenthaltsdauer von zu Entmündigenden in psychiatrischen Krankenhäusern, sofern bereits ein oder mehrere solcher Aufenthalte erfolgt waren, ca. acht Jahre beträgt, im Gegensatz in München aber nur zweieinhalb Jahre, mit einiger Berechtigung die Vermutung zu, daß nach der in Günzburg geübten Praxis hauptsächlich "schwerere" Fälle zur Entmündigung kommen.

Tab. 21

Hauptdiagnose vs. vom Sachverständigen empfohlene Maßnahme

Diagnose	Entmündigung wegen GK	GS	Pflegschaft	weder Entm. noch Pflegs.
Organische Psychosen	67,3%	25,5%	5,5%	1,8% /100%;n=55
Sucht(folge)-krankheiten	7,0%	81,4%	9,3%	2,3% /100%;n=43
Schizophrenien	45,7%	34,3%	17,1%	2,9% /100%;n=35
Oligophrenie	50,0%	46,9%	3,1%	0,0% /100%;n=32
Neurosen und Psychopathien	0,0%	42,9%	14,3%	42,9% /100%;n= 7
Andere Psychosen	50,0%	50,0%	0,0%	0,0% /100%;n= 8
Insgesamt	42,8%	45,6%	8,3%	3,3% /100%;n=180

GK = Geisteskrankheit, GS = Geistesschwäche (inkl. Trunksucht)

Bei organischen Psychosen empfehlen die Sachverständigen

häufiger als bei anderen Diagnosen eine Entmündigung wegen Geisteskrankheit, vor allem angesichts des meist schweren und prognostisch ungünstigen Krankheitsbildes und weil nicht selten Vermögensangelegenheiten eine gänzliche Geschäftsunfähigkeit des zu Entmündigenden nötig erscheinen lassen. Hingegen wird Entmündigung wegen Geisteskrankheit bei Sucht(folge)erkrankungen selten vorgeschlagen. Hier wird die Geistesstörung in der Regel für nicht so schwer erachtet bzw. ist der Kreis der zu besorgenden Angelegenheiten nicht (mehr) sehr umfangreich, sodaß eine Entmündigung wegen Geistesschwäche als ausreichend angesehen wird. Bei schizophrenen zu Entmündigenden lehnen die Sachverständigen auffällig oft zwar eine Entmündigung ab, regen dafür aber eine Gebrechlichkeitspflegschaft an. Vermutlich sind hierfür die nicht seltenen relativ symptomarmen chronischen Restzustände schizophrener Prozesse bei gleichzeitig geringem Umfang der zu besorgenden Angelegenheiten des Kranken verantwortlich.

In wenigen Fällen, insbesondere wenn als Hauptdiagnose eine Neurose oder Psychopathie gestellt wird, kommen die Gutachter zu dem Schluß, der Begutachtete brauche weder unter Vormundschaft noch unter Pflegschaft gesetzt zu werden. Wie zu sehen wird aber auch bei Neurosen bzw. Psychopathien mitunter eine Entmündigung, dann jedoch nur wegen Geistesschwäche, empfohlen. Die Diagnosenverteilung der Entmündigten weicht danach etwas von Tab. 17(zu Entmündigende) ab: organische Psychosen 31,0% (28,0%), Sucht(folge)krankheiten 21,5%(22,0%), Oligophrenie 19,6%(17,5%), Schizophrenien 18,4%(19,5%), andere Psychosen 7,0%(6,0%), Neurosen/Psychopathien 2,5%(3,5%); n=158.

Tab. 22

Kreis der vom Begutachteten zu besorgenden Angelegenheiten

Vermögen und Lebensunterhalt	:	67,5%	der Fälle
Ärztliche Behandlung/Gesundheit:		65,0%	" "
Bestimmung des Aufenthaltes	:	58,1%	" "
Rentenangelegenheiten	:	24,4%	" "
Spezielle Situationen	:	28,1%	" "
		243,1%;	n=160

Über 100%, da viele Mehrfachnennungen enthalten!

Vermögensangelegenheiten im weitesten Sinne und die Gesundheitsfürsorge (dazu gehört fast immer auch die Bestimmung des Aufenthaltes zwecks Einweisung in eine psychiatrische Klinik gegen den Willen des Betroffenen) machen zusammen über drei Viertel aller im Gutachten des Sachverständigen genannten Angelegenheiten aus, die vom zu Entmündigenden zu besorgen sind. In 17,1% aller Gutachten, die zur Diagnose einer psychiatrischen Krankheit gelangen, wird auf den Kreis der zu besorgenden Angelegenheiten entweder gar nicht oder nur ganz allgemein eingegangen (etwa: "er kann seine Angelegenheiten nicht mehr besorgen"). Aber auch sonst kann man sich oft des Eindruckes nicht erwehren, daß bei der Umschreibung des Kreises der Angelegenheiten, deren Besorgung dem Begutachteten obliegt, eher schematisch als auf den individuellen Einzelfall ausgerichtet vorgegangen wird.

4.1.2.7. Anwaltschaftliche Vertretung des zu Entmündigenden

Durch einen Rechtsanwalt vertreten sind nur 9,3% der zu Entmündigenden, und demnach können sich 90,7% der Personen, gegen die eine Entmündigung beantragt ist, nicht auf die Hilfe eines Rechtsvertreters stützen. Von den letztlich Entmündigten hatten gar nur 1,8% (n=164) im Verfahren einen Rechtsanwalt, während es bei den Nicht-Entmündigten immerhin 20,0% (n=115) waren.

Tab. 23

Beschluß im Verfahren vs. Rechtsvertretung des zu Entmündigenden durch Rechtsanwalt

Beschuß	zu Entmündigender durch Rechtsanwalt vertreten	
	ja	nein
Entmündigung wegen Geistes- krankheit	0,0%	30,7%
Entmündigung wegen Geistes- schwäche(inkl. Trunksucht)	11,5%	33,1%
Einstellung des Verfahrens wegen Zurücknahme des Ent- mündigungsantrages	42,3%	21,5%
Einstellung des Verfahrens wegen Todes des zu Entmündig.	15,4%	9,2%
Ablehnung der Entmündigung durch das Gericht	23,1%	3,2%
Anderer Beschluß	7,7%	2,4%
	100,0% n= 26	100,0% n=251

Es zeigt sich, daß die durch einen Rechtsanwalt vertretenen zu Entmündigenden wesentlich seltener entmündigt werden als die, denen keiner zur Seite steht. Fast zwei Drittel der letzteren, aber nur etwa jeder achte von den ersteren wird entmündigt, noch dazu keiner wegen Geisteskrankheit (bei den anderen ist es fast jeder dritte). Dieser Unterschied entsteht vor allem durch eine häufigere Beendigung des Verfahrens der anwaltschaftlich vertretenen zu Entmündigenden infolge Zurücknahme des Entmündigungsantrages durch den Antragsteller und öfter erfolglose Ablehnung der Entmündigung durch das Gericht.

Versucht man weiter die Ursachen für diese Ungleichverteilung zu ergründen, so fällt ein bemerkenswerter Zusammenhang zwischen der im Gutachten des Sachverständigen empfohlenen Maßnahme und dem Vorhandensein bzw. Nichtvorhandensein eines dem zu Entmündigenden zur Seite stehenden Rechtsanwaltes auf.

Tab. 24

Im Gutachten des Sachverständigen empfohlene Maßnahme vs. Vertretung des zu Entmündigenden durch Rechtsanwalt

Empfohlene Maßnahme	zu Entmündigender hat Rechtsvertreter	
	ja	nein
E. wegen Geisteskrankheit	5,3%	43,5%
E. wegen Geistesschwäche	26,3%	45,2%
Pflegschaft	42,1%	7,3%
Weder E. noch Pflegschaft	26,3%	4,0%
	n=19; 100,0%	100,0%; n=177

E. = Entmündigung, Trunk-/Rauschgiftsucht bei "Geistesschwäche"

Aus Tab. 24 kann man ersehen, daß bei den Begutachteten, die durch einen Rechtsanwalt vertreten sind, die sachverständigen Gutachter viel seltener als bei der anderen Gruppe ohne Rechtsanwalt eine Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche empfehlen, dafür aber viel häufiger eine Gebrechlichkeitspflegschaft oder keines von beiden. Nun ist zwar die Fallzahl der durch einen Rechtsanwalt vertretenen zu Entmündigenden relativ gering, die Unterschiede sind aber so deutlich, daß Signifikanz zugemessen werden muß. Für den Erhebungsbereich sind diese Ergebnisse hochsignifikant (p kleiner 0,001). Gleiches gilt insbesondere auch für die Werte der vorhergehenden Tab. 23.

Freilich muß man annehmen, daß eher die nicht so schwer Gestörten unter den zu Entmündigenden einen Rechtsanwalt für ihr Verfahren zuziehen, und die hätten ja ohnehin eine größere Chance, nicht entmündigt zu werden.

Tatsächlich ist der Prozentsatz schwererer psychiatrischer Störungen (organische Psychosen, Suchtfolgeerkrankungen, Schizophrenien, Oligophrenie) bei den durch einen Rechtsanwalt vertretenen zu Entmündigenden geringer als bei der anderen Gruppe (75,0% gegenüber 94,6%; $n = 16$ bzw. 184), der Anteil derjenigen, die bereits einmal oder schon mehrfach in einem psychiatrischen Krankenhaus behandelt worden sind, kleiner (26,9% zu 41,1%; $n = 26$ bzw. 253) und die Gesamtaufenthaltsdauer dort kürzer (6,6 Monate im Vergleich zu 14,3 Monaten; $n = 7$ bzw. 104) .

Es bleibt aber festzuhalten, daß auch im Kollektiv der durch

einen Rechtsanwalt vertretenen zu Entmündigenden die schwereren psychiatrischen Erkrankungen die leichteren deutlich überwiegen (drei Viertel zu ein Viertel); und es zeigt sich, daß, normiert man die Gesamtaufenthaltsdauer in psychiatrischen Krankenhäusern bei den zu Entmündigenden ohne Rechtsanwalt auf diejenige der durch einen Rechtsanwalt vertretenen (6,6 Monate), daß sich dadurch die Entmündigungswahrscheinlichkeit für die ersteren nicht ändert (Entmündigungswahrscheinlichkeit der nicht normierten Gruppe von zu Entmündigenden ohne Rechtsvertreter: 76,0%, n=104; normierte Gruppe: 77,0%, n=74).

Das eben Gesagte bedenkend und angesichts der Tatsache, daß für die von einem Rechtsanwalt vertretenen zu Entmündigenden die Wahrscheinlichkeit einer Entmündigung mit nur 11,5% immerhin fast sechsmal niedriger liegt als bei solchen ohne Rechtsbeistand (63,8% von diesen werden entmündigt), erscheint es ziemlich sicher, daß der sehr differente Verfahrensausgang in beiden Gruppen zumindest zu einem nicht unerheblichen Teil auf die Hilfe des Anwaltes zurückzuführen ist und nicht nur in der Person des zu Entmündigenden und der Eigenart seiner Krankheit begründet ist.

Viele Menschen, die von einem Entmündigungsverfahren betroffen werden, wissen einfach nicht um die rechtlichen Möglichkeiten, ihre vielleicht ungerechtfertigte oder unnötige Entmündigung zu verhindern. Für diese Leute ist ein ihnen zur Seite stehender Rechtsanwalt eine große Hilfe. Während z.B. im Strafverfahren dem Betroffenen ein Verteidiger beigeordnet wird, sofern kein Rechtsanwalt eigener Wahl vorhanden ist,

steht der zu Entmündigende bei einer ähnlich weitreichenden Bedeutung des Verfahrensausgangs wie im Strafprozeß meist alleine, sehr oft ohne um seine Rechte zu wissen.

4.1.2.8. Protest, Beschwerde des zu Entmündigenden

Nur von 3,6% der zu Entmündigenden wird Beschwerde am Landgericht erhoben (n=279). Zwei Drittel davon werden abgewiesen, ein Drittel ist erfolgreich (n=10).

Protest gegen das gegen sie angestrengte Verfahren (keine formale Beschwerde, sondern lediglich protestierende Einwände, z.B. in einem Brief an das Gericht) äußern 14,3% aller zu Entmündigenden. Dieser Prozentsatz dürfte noch merklich höher liegen, da nur die an einen bestimmten formalen Rahmen gebundenen Beschwerden vor dem Landgericht sicher zu erfassen sind und Protestbekundungen nicht immer in den Gerichtsakten vermerkt sind.

Mindestens 17,9% der zu Entmündigenden zeigen also eine offensichtlich ablehnende Haltung gegenüber einer eventuellen Entmündigung; es gibt aber auch einige wenige, die die Meinung erkennen lassen, eine Entmündigung könne ihnen nützen. Die Mehrheit jedoch zeigt sich - vielleicht wegen der verbreiteten Unklarheit über Bedeutung und Konsequenzen einer Entmündigung - ohne bestimmte Meinung zu dem gegen sie eingeleiteten Verfahren.

4.1.2.9. Beschluß des Gerichts

Die Gesamtdauer des Verfahrens von der Antragstellung bis zum richterlichen Beschluß beträgt im Durchschnitt (Median) 21 Wochen. 30,3% der Verfahren dauern mehr als ein halbes und 7,2% länger als ein Jahr (n=277).

Verfahren, die nicht mit einer Entmündigung enden (vorzeitige Beendigung wegen Ablehnung der Einleitung des Verfahrens durch das Gericht oder wegen des Todes des zu Entmündigenden wurde hier ausgenommen), dauern durchschnittlich länger als solche, an deren Ende eine Entmündigung ausgesprochen wird. Dies ist vermutlich dadurch bedingt, daß sich in der ersten Gruppe von Verfahren auch alle nicht eindeutigen Fälle befinden, die eine eingehendere Untersuchung erforderlich machen. Die auf der nächsten Seite aufgeführte Tab. 25 gibt die Häufigkeit der einzelnen Gerichtsbeschlüsse wieder und ermöglicht einen Vergleich zwischen dem Amtsgericht München und Günzburg.

Tab. 25

Beschluß des Gerichts in München und Günzburg und insgesamt

Beschluß	München	Günzburg	insgesamt
Entmündigung wegen Geisteskrankheit	27,9%	25,7%	27,6%
Entmündigung wegen Geistesschwäche	29,5%	34,3%	30,1%
Entmündigung wegen Trunk-/Rauschgiftsucht	1,2%	0,0%	1,1%
Verfahrenseinstellung wegen Todes des zu Entmündigenden	10,7%	2,9%	9,7%
Verfahrenseinstellung wegen Zurücknahme des Antrages auf Entmün.	24,6%	17,1%	23,7%
Ablehnung der Entmündigung durch Gericht	3,3%	17,1%	5,0%
Anderer Beschluß	2,9%	2,9%	2,9%
	100,0%	100,0%	100,0%
	n=244	n= 35	n=279

Von allen Verfahren enden 57,7% mit einer Entmündigung durch das Gericht, wobei als juristischer Entmündigungsgrund Geistesschwäche etwas häufiger vorkommt als Geisteskrankheit. Zwischen München und Günzburg bestehen diesbezüglich keine wesentlichen Unterschiede, wenn auch in Günzburg Entmündigung wegen Geistesschwäche tendenziell eine größere Rolle spielt als in München. 98,2% aller Entmündigungen entfallen auf "Geisteskrankheit" bzw. "Geistesschwäche" und lediglich 1,8% auf "Trunk-" bzw. "Rauschgiftsucht". Das Fehlen von Entmündigungen wegen Trunk- bzw. Rauschgiftsucht in Günzburg ist infolge der

geringen Fallzahl dort ohne Aussagewert. .

Der geringere Prozentsatz an Verfahrenseinstellungen wegen Todes des zu Entmündigenden in Günzburg entsteht durch den geringeren Anteil von alten zu Entmündigenden im dortigen Kollektiv.

Auffällig ist jedoch die größere Frequenz der Zurücknahmen des Entmündigungsantrags durch den Antragsteller in München, woraus eine Einstellung des Verfahrens gegen den zu Entmündigenden resultiert, sowie eine deutlich niedrigere Quote an Ablehnungen der Entmündigung durch das Münchener Gericht. Dies wird daraus verständlich, daß in Günzburg, falls der Sachverständige in seinem Gutachten die Entmündigung ablehnt, der Prozeß weitergeführt wird und es im folgenden zu einer Ablehnung der Entmündigung auch durch das Gericht kommt. Im Gegensatz dazu zieht in München sehr oft der Antragsteller (meist der Staatsanwalt) seinen Antrag zurück und beendet damit das Verfahren vorzeitig, wenn der psychiatrische Gutachter sich gegen eine Entmündigung ausspricht. Das Gericht braucht dann nicht mehr unter Bezugnahme auf das Sachverständigengutachten die Entmündigung abzulehnen. Dennoch scheint der Anteil an Ablehnungen der Entmündigung und Zurücknahmen des Antrags in Günzburg etwas höher zu liegen (34,2%) als in München (27,9%), doch ist die Differenz angesichts der relativ kleinen Fallzahl in Günzburg für eine gesicherte Aussage zu gering.

Ein beachtlicher Prozentsatz von zu Entmündigenden - vor allem in München - stirbt, bevor das Verfahren ordnungsgemäß

abgewickelt werden kann. Davon sind nahezu 90% über 65 Jahre alt, leiden an organischen Psychosen des höheren Lebensalters und sterben eines natürlichen Todes. Zwei zu Entmündigende (7,4% der während des Verfahrens Gestorbenen) begehen während des Verfahrens Suicid.

Tab. 26

Übereinstimmung des Gerichtsbeschlusses mit der im Gutachten des Sachverständigen empfohlenen Maßnahme

Beschluß	Übereinstimmung mit der vom Sachverständigen empfohlenen Maßnahme
Entmündigung wegen Geisteskrankheit	96,3%; n=80
Entmündigung wegen Geistesschwäche(inkl. Trunk- bzw. Rauschgiftsucht)	98,8%; n=84
Ablehnung der Entmündigung bzw. Einstellung wegen Zurücknahme des Antrags	97,0%; n=33
Alle genannten Beschlüsse	97,5%; n=197

Bei insgesamt 197 Gutachten, in denen der Sachverständige eine durch das Gericht zu beschließende Maßnahme eindeutig spezifiziert, folgt das Gericht in nur fünf Fällen nicht seinen Vorstellungen. Dreimal wird eine vom Gutachter befürwortete Entmündigung durch das Gericht abgelehnt (zweimal wegen "Geisteskrankheit" und einmal wegen "Geistesschwäche" befürwortet), einmal trotz Ablehnung der Entmündigung im Gutachten wegen "Geistesschwäche" entmündigt und ein anderes Mal eine

vom Sachverständigen empfohlene Entmündigung wegen Geisteskrankheit durch das Gericht nur auf "Geistesschwäche" lautend ausgesprochen.

So weichen die Richter nur bei jedem 40sten Gutachten von der dort geäußerten Empfehlung des Sachverständigen ab, in über 97% entsprechen sie seinem Vorschlag exakt.

Der starke Einfluß des psychiatrischen Sachverständigen im Entmündigungsprozeß wird da sichtbar und gleichzeitig seine hohe Verantwortung.

4.1.2.10. Vormund

Von allen zu Entmündigenden werden insgesamt 53,4% unter vorläufige Vormundschaft gestellt, später Entmündigte zu fast drei Vierteln (72,0%; n=164). Allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen München und Günzburg. So beträgt die Quote der vorläufigen Vormundschaften in München 59,4%, in Günzburg hingegen bloß 11,4% (n=244 bzw. 35).

Dies ist zu einem gewissen (geringen) Teil auf die andere Altersstruktur der Günzburger zu Entmündigenden zurückzuführen, bei denen die Über-65-jährigen mit 17,7% gegenüber 35,8% in München merklich schwächer vertreten sind, und die daraus resultierende Tatsache einer mit 3,7% wesentlich geringeren Frequenz organischer Psychosen in Günzburg (München: 33,1%). Die organischen Psychosen aber ziehen eine größere Rate an

vorläufigen Vormundschaften als die anderen psychiatrischen Erkrankungen nach sich (79,6% verglichen mit 63,9%).

Damit läßt sich jedoch nicht ein Verhältnis von 5 : 1 plausibel machen, wie es sich beim Vergleich der Häufigkeiten von vorläufigen Vormundschaften in München und Günzburg ergibt. Vielmehr liegt dem nachweislich eine in beiden Amtsgerichten verschiedene Praxis zugrunde.

Der Staatsanwalt in München stellt nämlich gleichzeitig mit dem Entmündigungsantrag in 69,1% der Fälle Antrag auf Errichtung einer vorläufigen Vormundschaft, dem in der Regel auch entsprochen wird; der Staatsanwalt am Landgericht Memmingen (für das Amtsgericht Günzburg zuständig) tut dies nur in 17,4% seiner Entmündigungsanträge (n=149 bzw. 23). Dazu paßt auch, daß bei der Stellung eines Entmündigungsantrags durch Angehörige, obwohl hier die mit einer an sich besonders hohen Quote an vorläufigen Vormundschaften versehenen organischen Psychosen häufiger sind, als wenn der Staatsanwalt Antragsteller ist, dennoch die Frequenz vorläufiger Vormundschaften auffällig niedriger ist (46,6%; n=88).

Das Gesetz sieht eine vorläufige Vormundschaft "zur Abwendung einer erheblichen Gefährdung der Person oder des Vermögens" des zu Entmündigenden vor. Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung liefern aber keinen Hinweis darauf, daß die eben beschriebene unterschiedliche Praxis in München und Günzburg ein auch nur annähernd entsprechendes Korrelat in unterschiedlichen Erkrankungsspektren und Krankheitsverläufen findet, die dafür als hinreichende Erklärung dienen könnten (siehe

Abs. 4.1.2.6. S. 45f).

Eine juristische Beurteilung des Sachverhaltes bleibt den Fachkundigen überlassen.

Tab. 27

Endgültiger Vormund des Entmündigten

Angehörige	: 36,3%
Andere Einzelvormünder	: 2,7%
Rechtsanwälte	: 52,1%
Amts- und Vereinsvormünder	: 8,9%
n=146; 100,0%	

Über die Hälfte der endgültigen Vormünder sind Rechtsanwälte, etwas über ein Drittel Angehörige, der Rest entfällt auf Ämter und Vereine (z.B. Jugendamt, Caritas u.ä.) und einige Einzelvormünder, die nicht mit dem Entmündigten verwandt oder verschwägert sind.

Etwa vier von zehn Entmündigten werden von einem Vormund betreut, der außer ihnen in aller Regel keine weiteren Mündel oder Pfleglinge hat, die Mehrzahl jedoch wird Vormündern zugewiesen, die sich sehr oft um eine große Anzahl von Mündeln zu kümmern haben.

So werden in 1978 78 Entmündigte der vormundschaftlichen Betreuung von insgesamt 20 Rechtsanwälten übergeben. Fünf dieser Rechtsanwälte erhalten in diesem Jahr mehr als fünf neue Mündel (Maximum: 14). Diese fünf Juristen bekommen 67,8% aller Rechtsanwälten zugewiesenen oder 36,3% aller Mündel überhaupt.

Wie man sieht, ballt sich die Tätigkeit des Vormundes, sofern nicht Angehörige oder in einem geringen Prozentsatz Ämter bzw. Vereine diese Aufgabe übernehmen, bei einigen wenigen Rechtsanwälten zusammen. Aber die haben natürlich noch Mündel und Pfleglinge aus früheren Jahren, und nicht nur, wenn man bedenkt, daß dreien von ihnen in 1978 mehr als zehn neue Mündel zugesprochen werden, läßt sich auf eine mitunter stattliche Zahl von Mündeln (und Pfleglingen) schließen, die einige Rechtsanwälte betreuen müssen. Einer hat nachweislich über hundert Mündel, zusätzlich noch eine Reihe von Pfleglingen. Daß unter solchen Umständen eine die pure Vermögensverwaltung überschreitende Betreuung nahezu ausgeschlossen ist, dürfte klar sein.

Der eben angesprochene Rechtsanwalt führt zur Zeit einen Prozeß vor dem Bundesgerichtshof, mit dem er eine angemessenere öffentliche Unterstützung für die Vormundstätigkeit erstreiten will. Derzeit erhält ein Vormund im wesentlichen nur eine Aufwandsentschädigung für seine Auslagen bei der Führung der Vormundschaft. Lediglich bei der Verwaltung des Vermögens begüteterer Mündel, die allerdings, setzt man einen Vermögenswert von 30.000 Mark als untere Grenze an, nur 14% aller Mündel ausmachen, fällt in Relation zur Größe des Vermögens eine gewisse Vergütung ab.

So ist es sehr schwierig, geeignete Vormünder zu finden, die auch bereit sind, sich über eine bloße Vermögens- oder (was häufiger ist) Rentenverwaltung hinaus um die ihnen anvertrauten Menschen zu kümmern (erst dann macht die Entmündigung eigentlich einen Sinn), und es ist nur zu verständlich, daß sich

bei den wenigen, die zur Übernahme des Ehrenamtes eines Vormundes bereit sind, die Mündel zu großer Zahl ansammeln. Ein Schlaglicht auf das Problem wirft die Kritik eines Entmündigten, der seine Wiederbemündung betrieb: "Um alles muß ich mich selber kümmern, mein Vormund tut nichts für mich. Ich sehe nicht ein, warum ich dann überhaupt einen Vormund brauche."

4.1.2.11. Vergleich der Entmündigungsziffern in München und Günzburg

Tab. 28

Entmündigungsziffern

Art	München	Günzburg
Entmündigungsverfahren	21,7	13,5
Entmündigung wegen Geisteskrankheit bzw. Geistesschwäche	10,6	5,1
Entmündigung wegen Trunk- bzw. Rauschgiftsucht	0,3	0,5
Entmündigung wegen Verschwendung	0,1	0,0
Entmündigung insgesamt	11,0	5,6

Die Ziffern geben die Zahl der Verfahren bzw. Entscheidungen bezogen auf 100.000 der jeweiligen Wohnbevölkerung an (Rohdaten aus 1977 und 1978 gemittelt).

Für den Unterschied in der Entmündigungsquote zwischen München und Günzburg (11,0 bzw. 5,6 Entmündigte pro Jahr und 100.000 der Wohnbevölkerung) sind die schon im vorgehenden genannten Gründe verantwortlich zu machen: die geringere Frequenz alter zu Entmündigender in Günzburg, vermutlich durch eine stärkere Familieneinbindung alter Menschen auf dem Lande bedingt, das seltenere Vorkommen von Suchterkrankungen und die dortige Praxis, eher nur "schwerere" Fälle einem Entmündigungsverfahren zuzuführen.

Im Vorgriff auf nachfolgende Ergebnisse sei noch auf dieses hingewiesen: wie sich aus der Auswertung der von den Amtsgerichten vollzogenen Zählkartenstatistik in Zivilprozeßsachen hinsichtlich der Entmündigungsverfahren ergibt, ist die Gesamtentmündigungsziffer (jährliche Gesamtzahl von Entmündigten bezogen auf 100.000 der Wohnbevölkerung) in einem Amtsgerichtsbezirk um so höher, je größer die Absolutzahl der am jeweiligen Amtsgericht verhandelten Entmündigungssachen ist. Dabei ist sie von der Bevölkerungsdichte, also dem ländlichen oder städtischen Charakter des Gebietes gänzlich unabhängig.

Dies läßt vermuten, daß je häufiger in einem Amtsgericht Entmündigungsverfahren vorkommen, die Bereitwilligkeit, solche Verfahren durchzuführen, zunimmt. Das sieht im einzelnen vielleicht so aus, daß ratsuchenden Angehörigen eines potentiellen zu Entmündigenden schneller zu einem Entmündigungsantrag geraten wird oder daß der zuständige Staatsanwalt eher geneigt ist, im Zweifelsfall einen solchen Antrag zu stellen, oder aber daß vor allem Psychiater öfter beim Staatsanwalt bzw. bei den Angehörigen eines Patienten eine Entmündigung anregen

als dies in Amtsgerichtsbezirken der Fall ist, in denen Entmündigungsverfahren nicht so häufig und damit üblich sind.

4.2. Wiederbemündigungsverfahren

Es werden in München 60 und in Günzburg vier Wiederbemündigungsverfahren ausgewertet. Damit werden in München und Günzburg zusammen von insgesamt 70 in 1978 (bzw. 1976 bis 1978 in Günzburg) begonnenen Wiederbemündigungsverfahren 91,4% erfaßt. Für die statistische Aufarbeitung gilt das in Teil 3. (Gegenstand und Methodik der Untersuchung) Gesagte.

Ein Vergleich zwischen München und Günzburg ist nachfolgend durchgängig wegen der zu kleinen Fallzahl in Günzburg nicht möglich.

Infolge der im Vergleich mit den Entmündigungsverfahren insgesamt geringeren Zahl der Fälle können einige Statistiken, die dort berechnet worden sind, nicht sinnvoll dargestellt werden.

Jeweils in Klammern sind, soweit vorhanden, die entsprechenden Vergleichsdaten der Entmündigungsverfahren angegeben.

4.2.1. Sozialdaten der Wiederzubemündigenden

4.2.1.1. Alter der Wiederzubemündigenden

Tab. 29

Altersverteilung der Entmündigten, die einen Antrag auf Wiederbemündigung stellen

Alter

<30 Jahre	12,6%(16,1%)
30 - 39 J.	14,1%(12,9%)
40 - 49 J.	25,0%(15,8%)
50 - 65 J.	35,9%(19,4%)
>65 Jahre	12,5%(35,8%)
	100,0%; n=64

Die Altersstruktur der Wiederzubemündigenden ist im Vergleich mit den zu Entmündigten deutlich auf die mittleren Altersstufen konzentriert (über 60% der Wiederzubemündigenden, sogar fast 70% der letztlich Wiederbemündigten sind zwischen 40 und 65 Jahren alt, aber nur ein Drittel der zu Entmündigten). Das erklärt sich dadurch, daß nach einer Entmündigung in der Regel eine gewisse Zeit bis zur Wiederbemündigung vergeht, so daß es weniger jüngere Menschen unter den Wiederzubemündigten als unter den zu Entmündigten gibt, und daß bei den alten Entmündigten im allgemeinen eine Besserung ihrer Krankheit nicht eintritt.

4.2.1.2. Geschlecht

Tab. 30

Geschlecht der Wiederzubemündigten bzw. Wiederbemündigten

	männlich	weiblich
Wiederzubemündigende	31,3%(52,9%)	68,8%(47,1%) /100,0%;n=64
Wiederbemündigte	21,7%(53,0%)	78,3%(47,0%) /100,0%;n=23

Dieses Ergebnis ist verblüffend. Denn unter den Entmündigten überwiegen eindeutig die Männer und die entmündigten Frauen sind zu mehr als der Hälfte bereits über 65 Jahre alt. Diese Altersgruppe ist aber, wie wir soeben gesehen haben, bei den Wiederzubemündigten kaum vertreten. Bei den unter-65-jährigen, die 87,5% der Wiederzubemündigten ausmachen, stellen die Frauen im Entmündigungsverfahren nur 32,0%. Der Unterschied in der Geschlechtsverteilung zwischen dem Entmündigungs- und dem Wiederbemündigungsverfahren ist also noch krasser als er sich an den aufgeführten Vergleichsdaten (in der Klammer) darstellt.

Die Aufhebung der Entmündigung geschieht ausschließlich auf Antrag. Warum Frauen viel häufiger als ihrem Anteil an den Entmündigten entspricht die Wiederbemündigung beantragen, ist schwer zu sagen. Möglich, jedoch nicht sehr wahrscheinlich wäre, daß früher wesentlich mehr Frauen entmündigt worden sind als heute oder diese die Entmündigung diskriminierender empfinden als Männer und deshalb eher geneigt sind, die

Wiederbemündung zu beantragen. Am plausibelsten erscheint, daß es Frauen, vielleicht weil eine Entmündigung sie nicht in dem Maß sozial stigmatisiert wie Männer, besser gelingt, sich nach einer Entmündigung im sozialen Leben zu behaupten oder wieder einzugliedern, sodaß eine Wiederbemündung eher in Betracht kommt.

4.2.1.3. Familienstand

Tab. 31

Familienstand der Wiederzubemündenden

Ledig : 60,0% (41,0%)

Verheiratet: 9,1% (21,9%)

Geschieden : 25,5% (14,1%)

Verwitwet : 5,5% (23,0%)

100,0%; n=55

Weit über die Hälfte derjenigen, die die Aufhebung ihrer Entmündigung beantragen, sind ledig, deutlich mehr als bei den Entmündigten. Dies ist wenigstens zum Teil auf den geringen Prozentsatz Verwitweter verglichen mit den Entmündigten zurückzuführen (vgl. Abs. 4.1.1.3. Familienstand).

Der niedrigere Anteil Verheirateter ist wahrscheinlich mit den oft nach einer Entmündigung vollzogenen Scheidungen zu erklären,

was auch den höheren Anteil Geschiedener bei den Wiederzubemündigenden verständlich macht. Der addierte Prozentsatz von Verheirateten und Geschiedenen bleibt nämlich nahezu konstant (34,6% bei den Wiederzubemündigenden und 30,4% bei den Entmündigten). Vermutlich ist es lediglich zu einer Verschiebung zwischen beiden Gruppen gekommen.

Die nur kleine Quote Verwitweter unter den Personen, die die Aufhebung ihrer Entmündigung verlangen, hat, wie schon im vorletzten Abschnitt("Alter") erläutert, ihre Ursache in der ungünstigen Prognose der Psychosen des höheren Lebensalters, in dem sich ja die meisten der Verwitweten befinden.

4.2.1.4. Frühere Entmündigung

Durchschnittlich (Median) liegt die Entmündigung bei den Wiederzubemündigenden sieben Jahre zurück, bei einem Maximum von 33 Jahren. Bei fast einem Viertel der Antragsteller (23,1%) sind seit der Entmündigung bereits über 15 Jahre vergangen (n=52).

Tab. 32

Grund der früheren Entmündigung des Wiederzubemündigenden

Geisteskrankheit	Geistesschwäche	Trunk-/Rauschgiftsucht
29,6% (47,0%)	68,5% (51,2%)	1,9% (1,8%)
		/100,0% n=54

Gegenüber den Entscheidungen in Entmündigungsverfahren überwiegt bei den Wiederzubemündigenden als Entmündigungsgrund deutlicher die Geistesschwäche. Daß von den in der Regel schwerer erkrankten Personen, die wegen Geisteskrankheit entmündigt worden waren, seltener ein Antrag auf Wiederbemündigung gestellt wird, ist verständlich.

4.2.2. Daten zum Verfahren

4.2.2.1. Diagnosen

Tab. 33

Diagnosen des Sachverständigen im jetzigen Wiederbemündigungsverfahren und früheren Entmündigungsverfahren

Diagnose	Wiederbemündigung	Entmündigung
Organische Psychosen	2,7%	6,3% (31,0%)
Sucht(folge)erkrankungen	8,1%	14,6% (21,5%)
Schizophrenien	43,2%	52,1% (18,4%)
Oligophrenie	13,5%	12,5% (19,6%)
Andere Psychosen	10,8%	6,3% (7,0%)
Neurosen und Psychopathien	8,1%	8,3% (2,5%)
Keine psychiatrische Erkrankung	13,5%	0,0% (0,0%)
	100,0% n=37	100,0% n=48

Zu Tab. 33: die erste Spalte enthält die Diagnosen der im Rahmen des jetzigen Wiederbemündigungsverfahrens von einem Sachverständigen begutachteten Entmündigten, die zweite die Diagnosen der Wiederzubemündigten in ihrem früheren Entmündigungsverfahren und in Klammern stehen zum Vergleich die Prozentangaben für die bei der vorliegenden Untersuchung ermittelten Entmündigungsdiagnosen (s. Abs. 4.1.2.6.).

Bei über drei Vierteln der Entmündigten, die hinsichtlich einer Aufhebung der Entmündigung von einem psychiatrischen Sachverständigen begutachtet werden, werden immer noch schwerere psychiatrische Erkrankungen diagnostiziert, wenn auch oft eine Besserung konstatiert wird.

Ganz im Gegensatz zum Entmündigungsverfahren überwiegen eindeutig die Schizophrenien, die bei den Entmündigten, die ihre Wiederbemündigung betreiben, die Hälfte aller Entmündigungsdiagnosen ausmachten, wohingegen die anderen Diagnosen mit Ausnahme von Neurosen bzw. Psychopathien seltener vorkamen als bei der Gesamtheit der in dieser Untersuchung erfaßten Entmündigten (Tab. 33, zweite Spalte, in Klammern).

Diese Unterschiede können als gültig angesehen werden, da nicht anzunehmen ist, daß sich das Diagnosenspektrum im Verlauf der letzten zehn bis zwanzig Jahre bei den Entmündigten so stark verändert hätte.

Schizophrene Entmündigte strengen also deutlich überproportional die Aufhebung ihrer Entmündigung an. Sie haben damit aber in der Mehrzahl keinen Erfolg. Lautete die Entmündigungsdi-

gnose auf Schizophrenie erfolgt nur in jedem dritten Fall (32,0%; n=25) die Wiederbemündigung, bei anderer Entmündigungsdiagnose hingegen in über der Hälfte, am häufigsten bei Sucht-(folge)krankheiten (87,5%; n=7).

Daß Schizophrene eher als andere psychiatrisch Kranke die Wiederaufhebung einer Entmündigung beantragen, läßt sich u.U. damit erklären, daß der schizophrene Prozeß im allgemeinen die intellektuellen Fähigkeiten weniger beeinträchtigt als dies bei anderen Psychosen zumeist der Fall ist und jene Kranken daher die Möglichkeit der Aufhebung einer Entmündigung besser erkennen können.

Bei etwa jedem zehnten Wiederzubemündigenden hat sich seine zur Entmündigung führende Erkrankung so gebessert, daß jetzt nicht mehr von einer psychiatrischen Störung gesprochen werden kann.

4.2.2.2. Beschluß des Gerichts im Wiederbemündigungsverfahren

Tab. 34

Gerichtsbeschuß

Aufhebung der Entmündigung abgelehnt : 60,3%

Aufhebung der Entmündigung ausgesprochen: 36,5%

Umwandlung von Entmündigung wegen Geisteskrankheit in E. wegen Geistesschwäche : 3,2%

100,0%; n=63

In nur etwas mehr als einem Drittel wird dem Antrag auf Aufhebung der Entmündigung vom Gericht stattgegeben. Hier werden also offensichtlich strengere Maßstäbe angelegt als bei der Entmündigung (dort ergeht in knapp 60% der Verfahren ein Entmündigungsbeschluß).

Da bei der Begutachtung der Wiederzubemündigenden lediglich bei 13,5% keine psychiatrische Störung mehr festgestellt wird, muß man annehmen, daß öfters trotz noch bestehender Erkrankung, da diese sich in der Zwischenzeit gebessert hatte, oder weil sich der Kreis der zu besorgenden Angelegenheiten verkleinert hatte (der seltenere Fall), vom Sachverständigen eine Aufhebung der Entmündigung befürwortet wird.

In zwei Fällen wird die wegen "Geisteskrankheit" ausgesprochene Entmündigung in eine solche wegen "Geistesschwäche" umgewandelt.

Die Ablehnung der Wiederbemündigung hat zu 45% ihren Grund darin, daß vom Antragsteller kein ärztliches Zeugnis über eine Besserung seiner Krankheit beigebracht wurde, in 37,5% der Fälle lehnt der psychiatrische Gutachter die Aufhebung der Entmündigung ab und in 17,5% zieht der Wiederzubemündigende seinen Antrag selber zurück, meist weil er kein für ihn günstiges Attest vorlegen kann (n=40).

4.2.2.3. Wiederbemündigungsquoten

Auf 100 in den 1978 begonnenen Entmündigungsverfahren Entmündigte kommen im selben Jahr 39 Wiederbemündigungsanträge.

Auf 7,1 Entmündigte kommt eine Aufhebung der Entmündigung. Bei der Einsichtnahme in eine interne Statistik des Amtsgerichts München aus den Jahren 1972 bis 1978 ergibt sich ein ähnliches Bild: auf 1150 Entmündigungen in diesem Zeitraum fallen 185 Wiederbemündigungen, sodaß-statistisch gesehen- auf 6,2 Entmündigte ein Wiederbemündigter kommt. Daten auf Bundesebene, die leider nur für die Jahre 1966 und 1967 vorliegen, liefern vergleichbare Relationen (7,5 bzw. 6,5 : 1). Da die Zahlen von Jahr zu Jahr eine relative Konstanz aufweisen, kann man davon ausgehen, daß durchschnittlich etwa jeder sechste bis siebte Entmündigte irgendwann wiederbemündigt wird. Ungefähr vier von zehn Entmündigten stellen, meist vier bis acht Jahre nach ihrer Entmündigung, einen Antrag auf deren Aufhebung, welcher in ca. einem Drittel der Fälle erfolgreich ist.

4.3. Auswertung der Zählkartenstatistik über die Entmündigungsverfahren

In jedem Amtsgericht werden mit Hilfe einer sogenannten Zählkartenstatistik Daten über die Zivilprozesse, darunter auch folgende die Entmündigungsverfahren betreffenden erfaßt: Zahl der Verfahren auf Entmündigung und Aufhebung derselben, Zahl der Entmündigungen wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche (nicht aufgeschlüsselt), Zahl der Entmündigungen wegen Trunk- oder

Rauschgiftsucht, Zahl der Entmündigungen wegen Verschwendung. Die Aufarbeitung der Zählkarten (pro Verfahren wird eine eigene angelegt) geschieht zentral im Auftrag der Länderjustizministerien bei den Statistischen Landesämtern. Da ganz wenige Fehlermöglichkeiten vorhanden sind, handelt es sich um eine sehr verlässliche Statistik.

Die Daten für die Länder-Ebene stammen aus der Fachserie "Rechtspflege, Teil Zivilgerichte" des Statistischen Bundesamtes (diese Daten sind größtenteils auch im Statistischen Jahrbuch der BRD veröffentlicht), die für die Amtsgerichtsbezirk-Ebene als Mitteilungen auf Anfrage von den zuständigen Statistischen Landesämtern bzw. Justizministerien.

Um die Sache anschaulicher zu machen und Vergleichsmöglichkeiten unabhängig von den Absolutzahlen zu schaffen, werden die in der oben angegebenen Literatur enthaltenen Rohergebnisse (Absolutwerte) auf jeweils 100.000 der Wohnbevölkerung des betreffenden Bundeslandes bzw. Amtsgerichtsbezirkes umgerechnet. Damit erhält man auch sonst in der deskriptiven Statistik vielfach verwendete "Ziffern" (vgl. Sterbeziffer, Morbiditätsziffer u.ä.).

In der nachfolgenden Tab. 35 sind die für die einzelnen Bundesländer berechneten Ziffern (bezogen auf je 100.000 der Wohnbevölkerung und je Jahr) wiedergegeben. Dabei handelt es sich nicht um Einzelwerte, sondern um die arithmetischen Mittelwerte aus 13 (EVZ, EEZ) bzw. 11 Jahren (EGZ, ETZ, VER) zwischen 1966 und 1978. Die Erläuterung der benützten Abkürzungen findet sich im Anschluß an die Tabelle.

4.3.1. Aufbereitung der Zählkartenstatistik über die Entmündigungsverfahren auf Länder-Ebene

Tab. 35

Entmündigungsziffern der einzelnen Bundesländer

Land	EVZ	EEZ	EGZ	ETZ	VER
Schleswig-Holstein	26,8(682)	15,4(394)	13,7(352)	1,5(40)	(2)
Hamburg	36,0(636)	16,1(282)	15,4(270)	0,7(12)	(0)
Niedersachsen	15,9(1141)	7,4(537)	6,8(487)	0,7(48)	(2)
Bremen	39,3(287)	16,7(122)	15,3(112)	1,3(10)	(0)
Nordrhein-Westfalen	27,6(4706)	12,7(2173)	11,6(1975)	1,1(195)	(3)
Hessen	5,1(277)	1,7(92)	1,6(85)	0,1(6)	(1)
Rheinland-Pfalz	5,7(207)	1,8(67)	1,6(60)	0,2(6)	(1)
Baden-Württemberg	5,1(460)	1,7(152)	1,4(128)	0,2(22)	(2)
Bayern	14,4(1528)	7,0(749)	6,7(718)	0,3(29)	(2)
Saarland	4,2(47)	0,9(11)	0,8(9)	0,1(2)	(0)
Berlin	6,8(140)	1,7(33)	1,4(27)	0,3(6)	(0)
BRD gesamt	18,4(10111)	8,6(4612)	8,0(4224)	0,6(376)	(12)

EVZ, EEZ, EGZ, ETZ sind "Ziffern" und jeweils auf 100.000 der betreffenden Wohnbevölkerung und ein Jahr bezogen (vgl. S. 74). Es bedeuten EVZ = Ziffer für alle Verfahren nach § 6 BGB (inkl. Aufhebung der Entmündigung), EEZ = Ziffer für alle Entmündigungen insgesamt, EGZ = Ziffer für die wegen Geisteskrankheit

oder Geistesschwäche erfolgten Entmündigungen, ETZ = Ziffer für die wegen Trunk- oder Rauschgiftsucht erfolgten Entmündigungen. Da Verschwendung als Entmündigungsgrund sehr selten ist, erscheint es unsinnig, eine "Ziffer" aus der geringen Absolutzahl zu errechnen. Daher wird (in Klammern) nur diese angegeben (VER); ebenso ist jeder "Ziffer" in Klammern die mittlere Absolutzahl beigelegt.

Als Lesehilfe zu Tab. 35 sei ein Beispiel angeführt: für Nordrhein-Westfalen findet man eine EEZ von 12,7; dieser Wert ist so zu interpretieren, daß im Durchschnitt der Jahre 1966 bis 1978 in Nordrhein-Westfalen 12,7 Entmündigungen (gleich welcher Art) jährlich pro 100.000 der Wohnbevölkerung erfolgt sind.

Um die wichtigste "Ziffer" der Tab. 35, nämlich die Gesamtentmündigungsziffer (EEZ) noch anschaulicher darzustellen, wird ihre Größe in den einzelnen Bundesländern in Abb. 1 durch ein Histogramm wiedergegeben.

Aus der Tabelle und vor allem aus der Abbildung sind sehr deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern zu ersehen.

Da die Entmündigungsgesetzgebung, im Bürgerlichen Gesetzbuch verankert, in gleicher Weise in allen Bundesländern gültig ist und ähnlich drastische Ungleichverteilungen in der geistigen Gesundheit der Bevölkerung zwischen den einzelnen Ländern keinesfalls anzunehmen sind, sodaß sich damit die weite Spanne der Entmündigungsziffer in der BRD auch nicht annähernd erklären läßt, müssen die existenten Unterschiede als sehr bemerkenswert und merkwürdig erscheinen. Immerhin ist beispielsweise die

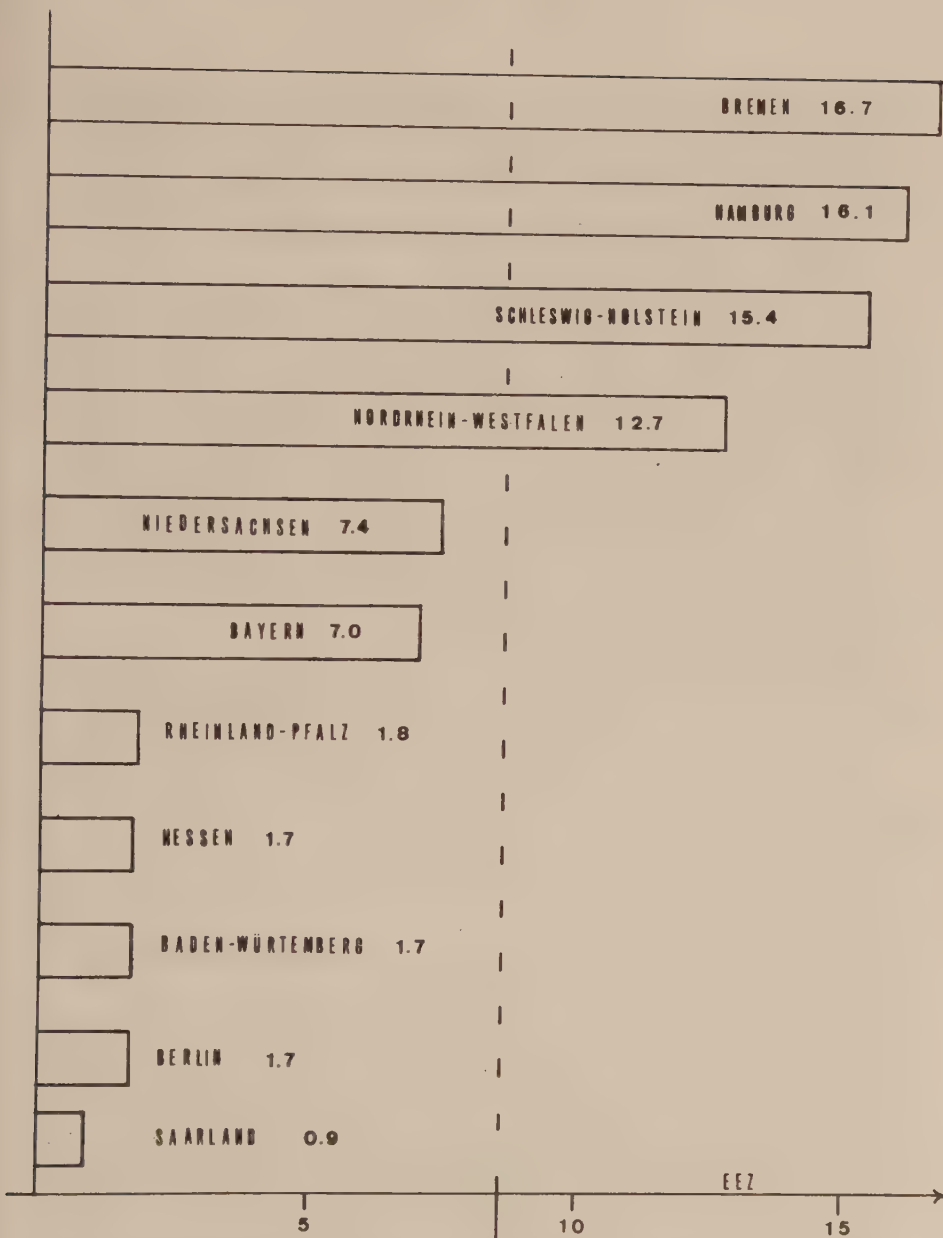


ABB. 1

GESAMTENTBUNDIGUNGSZIFFER (EEZ)

Ziffer für alle in einem Jahr ausgesprochenen Entmündigungen (EEZ) - und es sei nochmals betont, daß es sich hier nicht um Momentanwerte, sondern um Mittelwerte aus 13 Jahren handelt - in Schleswig-Holstein neunmal höher als in Hessen und sogar siebzehnmal höher als im Saarland.

Erklärungen dafür können im Rahmen dieser Untersuchung nur mit Vorbehalt gegeben werden, da es nicht möglich war eine ähnliche Auswertung von Entmündigungsakten, wie am Münchener und Günzburger Amtsgericht geschehen, auch an außerbayerischen Amtsgerichten vorzunehmen. Jedenfalls aber ist die Notwendigkeit einer solchen vergleichenden Untersuchung klar ersichtlich, die maßgebliche Unterschiede in der Entmündigungspraxis in den einzelnen Bundesländern aufdecken könnte.

Im beobachteten Zeitraum von 1966 (vorher gab es keine bundesweite Statistik) bis 1978 nimmt die Gesamtentmündigungsziffer in einigen Ländern (v.a. Hamburg, Nordrhein-Westfalen, auch Niedersachsen, Bayern) von 1966 bis 1974 relativ kontinuierlich um bis zu 30% ab, während sie in den anderen weder eine Zu- noch eine Abnahmetendenz erkennen läßt. In 1975 kommt es in fast allen Bundesländern zu einem deutlichen Anstieg der Quote, dem dann wieder ein leichter Abfall folgt.

Auffällig ist insbesondere die starke Zunahme der Entmündigungsziffer von 1974 auf 1975, die auf Bundesebene von 5,9 im Jahre 1974 auf 8,5 im darauffolgenden Jahr ansteigt, nachdem sie von 7,7 im Jahr 1966 ziemlich kontinuierlich auf 5,9 in 1974 abgesunken war.

Ob die gleichmäßige Abnahme der Gesamtentmündigungsziffer in Nordrhein-Westfalen von 14,6 in 1968 auf 9,9 in 1974 auf das

1969 dort in Kraft getretene PsychKG (= landesrechtliches Unterbringungsgesetz) zurückzuführen ist, läßt sich nicht beurteilen, obschon die gegenüber anderen Bundesländern stärkere Abnahme dafürsprechen könnte. Allerdings schnellte der Wert für Nordrhein-Westfalen in 1975 wieder auf 14,9 hoch.

Wie aus Abb. 1 klar zu ersehen ist, lassen sich drei Gruppen von Bundesländern mit jeweils ähnlicher Entmündigungshäufigkeit bilden: niedrige Entmündigungsquoten findet man im Saarland, in Berlin, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz, mittlere in Bayern und Niedersachsen, hohe in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen.

Neben der Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche spielt die Entmündigung wegen Trunk- oder Rauschgiftsucht nur eine untergeordnete Rolle; lediglich 8% entfallen im Bundesdurchschnitt darauf.

Nahezu ohne Bedeutung ist die Entmündigung wegen Verschwendung. Nur etwa jede 400ste Entmündigung erfolgt im Bundesdurchschnitt wegen Verschwendung (im Mittel zwölf pro Jahr in der gesamten BRD).

Geht man davon aus, daß sowohl Entmündigung als auch - die einzige in laufenden öffentlichen Statistiken erfaßte sozialpsychiatrische Größe - Selbsttötung ihre Ursachen im Bereich (wenn auch verschiedener) psychischer Störungen haben, so ist ein vorsichtiger Vergleich beider Parameter hinsichtlich ihrer Schwankungen von Jahr zu Jahr erlaubt. Während die Selbstmordziffer im untersuchten Zeitraum von 1966 bis 1978 für die einzelnen Bundesländer eine durchschnittliche Schwankung von 31,6% auf-

weist (Standardabweichung in Prozent des Mittelwertes), beträgt dieselbe für die Gesamtentmündigungsziffer 88,0%. Diese ist demnach wesentlich weniger stabil, was sich auch darin zeigt, daß für die Entmündigungsziffer beim Vergleich des niedrigsten und höchsten Wertes ein Faktor von 18 auftritt, dagegen bei der Selbstmordziffer nur ein solcher von drei.

Im Unterschied zur Entmündigungsquote ist die Suicidquote von institutionalisierten Bewertungsmaßstäben (und deren menschlichen Inkommensurabilitäten) ziemlich unabhängig. Bis auf die relativ seltenen Fälle, in denen unerkannt Fremdeinwirkung oder Unfall vorliegt oder dies nicht sicher zu klären ist, ist die Frage: Suicid, ja oder nein? keine Sache des Ermessens. Viel weniger zuverlässig zu bestimmen, ist dagegen ein etwaiges Vorliegen der Entmündigungsvoraussetzungen, das in hohem Maße von dem Ermessen v.a. des Sachverständigen, von traditionsbedingten, eingeschliffenen örtlichen Verfahrensweisen, insbesondere davon abhängt, ob überhaupt jemand einen Antrag auf Entmündigung stellt. Es gibt nicht zu seltene Fälle, in denen man sehr über Nützlichkeit oder gar Berechtigung einer Entmündigung streiten kann und - häufiger - solche, in denen trotz bestehender Entmündigungsbedingungen mangels Antrages - aus welchen Gründen auch immer - keine Entmündigung erfolgt bzw. eine Gebrechlichkeitspflegschaft errichtet wird.

Statt zu entmündigen eine Gebrechlichkeitspflegschaft zu errichten, diese traditionsbedingt unterschiedliche Verfahrensweise dürfte die Abweichungen der Entmündigungsziffer in den einzelnen Bundesländern neben einer hier und da insgesamt größeren

Zurückhaltung sowohl bei Entmündigung wie bei Gebrechlichkeitspfllegschaft zu einem wesentlichen Teil mitverursachen. Errechnet man nämlich aus der Zahl der unter Vormundschaft bzw. Pflegerschaft stehenden Volljährigen für die einzelnen Bundesländer eine Ziffer (analog der Entmündigungsziffer), so spiegelt die Vormundschaftsziffer erwartungsgemäß in etwa die Verhältnisse bei der Gesamtentmündigungsziffer wieder (die Länder mit niedriger Entmündigungsziffer haben - vermutlich durch einen geringeren Anteil alter Menschen unter den Entmündigten eines Jahres - eine etwas höhere Vormundschaftsziffer als erwartet). Demgegenüber sind die Unterschiede der Pflegerschaftsziffer zwischen den einzelnen Ländern nicht so groß und v.a., wenn man die Summe aus Vormundschafts- und Pflegerschaftsziffer bildet, kommt es zwar nicht zum Ausgleich, aber doch zu einer deutlichen Annäherung zwischen den Bundesländern. Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß die Statistik, die der Berechnung dieser beiden Ziffern zugrunde liegt ("Maßnahmen der Jugendhilfe" aus der Fachserie 13 "Sozialleistungen" des Statistischen Bundesamtes), auf teilweise unvollständigen Angaben beruht (nur einfache Mitteilungen an die Statistischen Landesämter, keine Zählkartenstatistik) und nicht von derselben Zuverlässigkeit ist wie die Entmündigungsstatistik. Zum Thema Pflegerschaft siehe auch Wernitz (58).

4.3.2. Aufbereitung der Zählkartenstatistik über Entmündigungsverfahren auf Amtsgerichtsbezirk-Ebene

Auf der Grundlage der Zählkartenerhebung über Zivilsachen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein (die Daten aus den restlichen Bundesländern waren nicht zugänglich oder nicht verwertbar) aus den Jahren 1977 und 1978 wurden für insgesamt 300 Amtsgerichtsbezirke der BRD die auch schon in Tab. 35 auf S. 75 verwendeten und erläuterten Entmündigungsziffern berechnet. Nach Zuordnung der Amtsgerichtsbezirke zu den Landkreisen (denn nur für diese liegen gewisse soziographische Daten vor) verblieben 253 Einzelwerte pro Jahr; den weiteren Berechnungen liegen die Mittelwerte aus beiden Jahren zugrunde.

Ergebnisse:

Die Bevölkerungsdichte hat fast keinen Einfluß auf die Gesamtentmündigungsziffer ($k=0,11$); dies bedeutet, daß der ländliche (niedrige Bevölkerungsdichte) bzw. städtische (hohe Bevölkerungsdichte) Charakter eines Amtsgerichtsbezirkes die starken Schwankungen nicht erklärt, etwa in der Art: volkreicherer Bezirk - höherer psychosozialer Stress - überproportionale Erhöhung der Entmündigungsziffer.

Diese auffälligen Abweichungen der Entmündigungsziffer von Amtsgericht zu Amtsgericht (die Standardabweichung beträgt das 1,44-fache des Mittelwertes) haben andere Ursachen.

Neben einem örtlich unterschiedlich hohen Anteil der letztlich ausgesprochenen Entmündigungen an allen begonnenen Entmündigungsverfahren (23,4% im Saarland und 57,8% in Schleswig-Holstein bei einem Bundesdurchschnitt von 45,6%; 100% = Entmündigungsverfahren + Verfahren auf Aufhebung der Entmündigung!), der mit $k=0,59$ mit der Entmündigungsziffer korreliert, hat auch die Absolutzahl der Entmündigungsverfahren an dem einzelnen Amtsgericht und noch deutlicher die der beschlossenen Entmündigungen einen merklichen Einfluß auf die Entmündigungsziffer. Je höher diese Absolutzahlen, desto höher auch die Entmündigungsziffer in einem Amtsgerichtsbezirk ($k = 0,40$ bzw. $0,48$).

Ein Beispiel: in einem Amtsgerichtsbezirk leben 100.000 Menschen; jährlich erfolgen durchschnittlich 10 Entmündigungen, die Entmündigungsziffer liegt demnach bei 10. In einem anderen Bezirk betrage die Bevölkerung eine Million Menschen. Bei einer erwarteten Zahl von 100 Entmündigungen fände man hier dann aber tendenziell mehr, sagen wir 120, und damit auch eine höhere Entmündigungsziffer von 12.

Da der Stadt/Land-Gegensatz keine Auswirkung auf die Entmündigungsziffer zu haben scheint, läßt sich dieses Phänomen am ehesten mit der Tatsache erklären, daß Verfahren und Beschlüsse, die sozusagen an der Tagesordnung sind, auch leichter eingeleitet bzw. gefaßt werden. Gegen das Übliche stumpt man ab und ungewollt-steigt die Bereitschaft, eine Entmündigung zu beantragen oder anzuregen, schließlich zu entmündigen.

Vielleicht werden, um dies anschaulicher zu machen, in diesem Fall Angehörige eines psychisch Kranken bei der Rechtsberatung

des Amtsgerichts eher auf die Möglichkeit einer Entmündigung aufmerksam gemacht, vielleicht regen örtliche Nervenärzte beim Staatsanwalt häufiger eine Entmündigung an, vielleicht widersprechen Richter den Forderungen der Sachverständigen seltener, wenn Entmündigung Routine ist.

Gewisse Hinweise in dieser Richtung liefert der in Teil 4.1. an verschiedenen Stellen vorgenommene Vergleich der Entmündigungspraxis am Amtsgericht München (viele Entmündigungsverfahren) und am Amtsgericht Günzburg (wenige Entmündigungsverfahren), doch läßt sich damit keine letztgültige Aussage für die BRD machen, da es sich hier nicht um eine repräsentative Erhebung handelt und, wie in Abb. 1 zu sehen, gewaltige regionale Unterschiede existieren.

Ganz wesentlich zu diesen Unterschieden der Entmündigungsziffer in den einzelnen Amtsgerichtsbezirken dürfte, wie schon im vorigen Abschnitt für die Länderunterschiede betont, der unterschiedliche Gebrauch des Instrumentes der Gebrechlichkeitspflege beitragen. Es existiert jedoch keine Statistik, die diese Hypothese auf Amtsgerichtsbezirk-Ebene stützen könnte.

Für die bayerischen Amtsgerichtsbezirke lassen sich noch einige andere auffällige Beziehungen ermitteln:

Befindet sich in einem Bezirk ein Pflegeheim für chronisch psychisch Kranke, so ist dort die Entmündigungsziffer erhöht ($k = 0,33$), hingegen hat - und dieser Zusammenhang wurde für alle (auch außerbayerischen) Bezirke untersucht - die An- oder Abwesenheit eines psychiatrischen Krankenhauses keinen diesbe-

züglichen Einfluß.

Für Amtsgerichtsbezirke mit größeren Städten (= kreisfreie Städte) gilt: je weniger Altenheimplätze für die Über-65-jährige Bevölkerung in diesen Städten zur Verfügung stehen, desto höher liegt die Entmündigungsziffer und umgekehrt ($k = -0,51$); für andere Amtsgerichtsbezirke gilt dieser Zusammenhang nicht. Weder die Versorgungsdichte mit niedergelassenen Fachärzten für Psychiatrie und Neurologie noch die Gesamtdichte aller (niedergelassenen und angestellten) Nervenärzte hat eine deutliche Auswirkung auf die Entmündigungsziffer, wenn auch trendmäßig ($k = -0,19$) die besser mit niedergelassenen Nervenärzten versorgten Bezirke eine niedrigere Quote aufweisen.

5. DISKUSSION

Äußerungen speziell zum Thema Entmündigung sind in der psychiatrischen Literatur nicht sehr zahlreich. Dies gilt besonders für detaillierte statistische Untersuchungen (vgl. Ehrhardt, 13). Daran hat sich trotz der Tatsache wenig geändert, daß die fast durchgängig über 80 Jahre alten gesetzlichen Ausführungen, die die Grundlage staatlicher Eingriffe in die Bürgerrechte von psychisch Kranken bilden, neuerdings ins Gerede gekommen sind.

In der Literatur finden sich teils abweichende Angaben zum Entmündigungsalter. So berichtet Rust (44), dessen Kollektiv allerdings nur ausgewählte Patienten (mit endogenen Psychosen) von Landeskrankenhäusern des Landschaftsverbandes Rheinland umfaßt, Männer wie Frauen würden am häufigsten zwischen 30. und 40. Lebensjahr entmündigt. Unter seinen Patienten sind ganz wenige (mehrheitlich Frauen) über 60 Jahre alt. Daß der Verf. eine mehr zu den höheren Alterstufen hin verschobene Verteilung nachweist, hängt v.a. mit den von Rust nicht berücksichtigten Alterspsychotikern zusammen.

Seidel und Papperitz (47) finden 1970 im Bezirk Dresden bei 328 unausgewählten Entmündigten in knapp der Hälfte ein Alter zum Zeitpunkt der Entmündigung von weniger als 30 Jahren, nur etwa jeder zehnte sei damals schon über 65 Jahre alt gewesen, als er entmündigt wurde. Auffällig ist eine nahezu völlige Gleichverteilung der Geschlechter in allen Alterstufen (mit

maximalen Unterschieden bis 3% absolut). Eine Erklärung für das niedrige Entmündigungsalter ist in dem hohen Anteil (54%) zu sehen, den in diesem Kollektiv die Oligophrenen einnehmen, die naturgemäß im jüngeren Alter entmündigt werden (im Entmündigungskollektiv des Verf. machen die Oligophrenen weniger als ein Fünftel aus).

Rust (44) stellt bei seinen Patienten (alle Diagnosen, nicht nur endogene Psychosen) ein deutliches Übergewicht der Frauen fest, ganz im Gegensatz zu den Ergebnissen des Verf., der bei den in Rusts Kollektiv Überwiegend vertretenen unter-65-jährigen Personen eine starke Mehrheit der Männer findet. Ob dies mit der Auswahl des Kollektivs von Rust (nur Insassen von Landeskrankenhäusern) oder einer in Nordrhein-Westfalen vom Erhebungsbereich des Verf. abweichenden Entmündigungspraxis zu erklären ist, muß offen bleiben.

Seidel und Papperitz (47) geben für ihr Kollektiv ein leichtes, der Bevölkerungsstruktur entsprechendes Übergewicht der Frauen bei den Entmündigten an, obgleich Demenzen, bei denen als einziger diagnostischen Gruppe in der Untersuchung des Verf. die Frauen die Mehrheit stellen, in der ihnen kaum eine Rolle spielen (24,5% zu 3,1%). Dies berücksichtigend erscheint die "Unterrepräsentierung" der Frauen in der vorliegenden Untersuchung noch ausgeprägter. Abgesehen von den organischen (Alters-) Psychosen stellt der Verf. bei den entmündigten psychisch Kranken ein meist starkes Übergewicht der Männer fest.

Zu ähnlichen Ergebnissen wie die vorgelegte Arbeit kommen dagegen Hübner (25) und Sprenger (48), die ebenfalls unter den

Entmündigten bzw. zu Entmündigenden deutlich mehr Männer als Frauen finden.

Hinsichtlich des erlernten Berufes kommt Rust (44) zu einem ähnlichen Resultat wie der Verf.: von den Entmündigten sind wesentlich mehr als im Bevölkerungsdurchschnitt (ungelernte) Arbeiter, viel weniger aber Angestellte und Beamte. Auch Sprenger (48) stellt in seinem Entmündigtenkollektiv in weit über der Hälfte Personen ohne Berufsausbildung fest.

Sprenger (48) weist wie der Verf. als häufigsten Antragsteller in Entmündigungsverfahren den Staatsanwalt, viel seltener Angehörige aus. Im Rahmen seiner vergleichenden Untersuchung vermerkt er für die Zeit des Dritten Reiches eine deutliche Zunahme der vom Staatsanwalt gestellten Entmündigungsanträge. Er meint dazu: "Die Zahl der vom Staatsanwalt gestellten Anträge ist ein Maßstab der Bereitschaft des Staates, sich für das Wohlergehen jedes einzelnen Bürgers einzusetzen." Man kann das auch anders sehen.

Ebenfalls Sprenger (48) gibt für den Zeitraum zwischen 1956 und 1958 in Rheinhessen 14% Vorbestrafte unter den Entmündigten an; bei den vom Verf. erfaßten Entmündigten sind es gar 24%. Seidel und Papperitz (47) stellen bei 8% der Entmündigten ein in direktem Zusammenhang mit dem Entmündigungsverfahren stehendes kriminelles Verhalten fest.

Die letztgenannten Autoren weisen auch darauf hin, daß vor einer Entmündigung eigentlich die weniger eingreifende Pflegschaft in Betracht gezogen werden sollte, können jedoch für ihr Kollektiv nur in 11% der Fälle eine der Entmündigung vorausgegangene Pflegschaft bestätigen. Im Kollektiv des Verf. trifft dies für

immerhin ein Viertel der zu Entmündigenden zu.

Bei der Verteilung der Entmündigungsdiagnosen findet Rust (44) im Vergleich zur vorliegenden Untersuchung mehr Oligophrenien und endogene Psychosen, dagegen weniger Demenzen und Suchterkrankungen. Da es sich bei Rust's Kollektiv um Patienten von Landeskrankenhäusern handelt, lassen sich die Unterschiede durch die relativ kurze Aufenthaltsdauer in psychiatrischen Krankenhäusern bei Alterspsychotikern (Tod) und Suchtkranken (Entlassung nach Entzug) erklären. Dementsprechend sinkt deren Anteil im Vergleich zu den langdauernd untergebrachten Oligo- und Schizophrenen.

Eine ähnliche Diagnosenverteilung wie Rust stellt Sprenger(48) an einem allerdings unausgewählten Kollektiv von Entmündigten der Jahre 1956 bis 1958 in Rheinhessen fest. Der niedrigere Prozentsatz Dementer hängt entweder mit dem seither zugunsten der höheren Altersklassen veränderten Altersaufbau der Bevölkerung zusammen oder aber er ist möglicherweise darauf zurückzuführen, daß in Sprenger's Erhebungsbereich alte Menschen mit Demenz nicht so häufig entmündigt werden (eventuell nur Pflegschaft). Verblüffenderweise tauchen Sucht(folge)erkrankungen bei Sprenger überhaupt nicht auf.

Bei den von Seidel und Papperitz (47) erfaßten Entmündigten im Bezirk Dresden stehen mit über der Hälfte der Diagnosen die Oligophrenen ganz im Vordergrund, Demenzen und Sucht(folge)krankheiten spielen mit zusammen nur 5% eine sehr bescheidene Rolle verglichen mit den Ergebnissen des Verf.. Dem liegt bei nahezu identischer Entmündigungsgesetzgebung in der DDR sehr wahrscheinlich eine unterschiedliche Entmündigungspraxis

zugrunde, wonach vor allem Oligophrene und auch Schizophrene entmündigt werden, Demente und Suchtkranke hingegen nur selten. Während die Altersverteilung der Diagnosen in dem Kollektiv der genannten Autoren nahezu derjenigen dieser Untersuchung entspricht, weicht die Geschlechtsverteilung der Diagnosen etwas von der vom Verf. gefundenen ab, vor allem hinsichtlich des Überwiegens der Frauen bei den schizophrenen Entmündigten.

Statistische Vergleichsdaten zur Problematik des fehlenden Rechtsschutzes des zu Entmündigenden im Entmündigungsprozeß liegen dem Verf. nicht vor. Die in der juristischen Literatur erhobene Forderung nach einem verbesserten Rechtsschutz des zu Entmündigenden (7, 43) wird jedoch von den hier vorgelegten Untersuchungsergebnissen nachdrücklich bekräftigt: die Tatsache, daß die Vertretung des zu Entmündigenden durch einen Rechtsanwalt die Wahrscheinlichkeit seiner Entmündigung drastisch (fast auf ein Sechstel) herabsetzt im Vergleich zu dem, dem im Entmündigungsverfahren kein Anwalt zur Seite steht, gibt doch zu denken.

Sprenger (48) nennt für Entmündigungsverfahren zwischen 1956 und 1958 eine Quote von 16% vorläufiger Vormundschaften, mit gegenüber früheren Jahren steigender Tendenz. Eine solche vorläufige Vormundschaft einzurichten, scheint noch beliebter geworden zu sein: im Kollektiv des Verf. geschieht es in über der Hälfte der Fälle.

Seidel und Papperitz (47) stellen bei etwas weniger als der Hälfte der Mündel eine Sammelvormundschaft fest. Ein Vergleich mit der Studie des Verf. ist wegen unterschiedlicher Einteilung der Vormünder schwierig, doch scheint der Anteil von Mündeln,

deren Vormünder noch mehrere andere Mündel zu betreuen haben, hier höher zu liegen. Dies rührt möglicherweise von der geringeren Zahl von Entmündigten im Erhebungsbereich der genannten Autoren. Dort waren 1968 17 von 100.000 Personen (der Wohnbevölkerung) entmündigt, in Bayern zum Vergleich dagegen (1971) ca. 92 pro 100.000 der Wohnbevölkerung.

Daß über die Hälfte aller Vormundschaften in der vorliegenden Untersuchung von Rechtsanwälten geführt wird, scheint ein Spezialfall und nicht allgemein üblich zu sein. Dennoch liefert auch sie wiederum einen Hinweis auf die oft kritisierte (4, 13, 28, 29 u.a.) Tatsache, daß viele Vormünder viel zu viele Mündel zu betreuen haben. Ein Vormund, der - was nicht zu selten ist - mehr als 100 Mündel hat, kann sich mit Sicherheit nicht um alle in ausreichender Weise kümmern, zumal die Fürsorge für die Mündel in der Regel neben anderen beruflichen Tätigkeiten erfolgt. Und so dürfte auf nicht wenige Mündel zutreffen, was Gruhle (22) 1955 feststellt: "mancher Entmündigte bekommt seinen Vormund nie zu Gesicht."

Die Häufigkeit von Angehörigen (denen das Gesetz den Vorzug gibt) als Vormündern wird überall in etwa übereinstimmend mit ca. einem Drittel aller Entmündigten angegeben.

An mehreren Stellen in der Literatur (Seidel und Papperitz, 47, Koester, 29) wird auf den ziemlich endgültigen Charakter einer Entmündigung hingewiesen, doch fehlen statistische Daten hierüber. Nach den Untersuchungen des Verf. scheint die Aufhebung der Entmündigung zwar nicht gerade häufig, aber auch nicht ganz selten vorzukommen. Für sechs von sieben Entmündigten (für Frauen sieht es günstiger, für Männer ungünstiger aus)

dauert die Vormundschaft, darauf deuten die Ergebnisse verlässlich hin, bis an ihr Lebensende.

Vor allem Ehrhardt (13) weist auf die "lückenhaften und in mehrfacher Hinsicht unbefriedigenden Statistiken" auf dem Gebiet des Entmündigungsrechts hin. Es lassen sich jedoch unter Zuhilfenahme der im Auftrag der Justizministerien der Bundesländer durchgeführten jährlichen Zählkartenstatistik über die Zivilprozesse, auch wenn hinsichtlich der Entmündigung nur wenige Parameter erfaßt werden, einige bemerkenswerte Ergebnisse erhalten, wie in Abs. 4.3. gezeigt werden konnte.

Ehrhardt (13) stellt eine ungleichmäßige Verteilung der Entmündigungshäufigkeiten vor allem zwischen Nordrhein-Westfalen und Bayern fest, die nicht in einfacher Relation zur Bevölkerungszahl stehe. Indem der Verf. die Rohdaten der absoluten Entmündigungshäufigkeiten in "Ziffern" (vgl. z.B. Sterbeziffer) umrechnete (Bezugsgröße jeweils 100.000 der Wohnbevölkerung), ergab sich eine (von der Absolutbevölkerung unabhängige) Standardisierung und damit erst eine eigentliche Vergleichbarkeit der Daten. Ehrhardt's Beobachtung ist zutreffend, doch existieren noch weit krassere (s. Tab. 35 und Abb. 1) Länderunterschiede als zwischen Nordrhein-Westfalen und Bayern. Dabei muß man sich vor Augen halten, daß das Entmündigungsrecht, im Bürgerlichen Gesetzbuch und der Zivilprozeßordnung festgelegt, in völlig gleicher Weise in allen Bundesländern Geltung hat.

Mit Ausnahme der Andeutung Ehrhardt's wird nirgends in der Literatur auf diese bemerkenswerten Unterschiede hingewiesen (mit Ausnahme der "Enquete", was aber wohl ebenfalls von Ehrhardt stammt). Deshalb fehlen auch Deutungsversuche; doch kann man

jedenfalls auf vorhandene Möglichkeiten schließen, die Häufigkeit von Entmündigungen zu reduzieren, wie es von mehreren Seiten gefordert wird (13, 29 u.a.).

Da nämlich die Inzidenz von entmündigungsbedürftigen psychisch Kranken sicherlich in allen Bundesländern in etwa gleich hoch liegen dürfte, auf keinen Fall aber um Faktoren von 5 (=500%!) und mehr unterschiedlich ist, erscheint es sehr wahrscheinlich, daß in einigen Bundesländern die Entmündigungsbedingungen weiter gefaßt werden als in anderen. Eine Anpassung der Länder mit höherer Entmündigungsziffer an diejenigen mit niedrigerer sollte daher nicht unmöglich sein.

Sicher ist eine Entmündigung immer wieder einmal notwendig, sie wird aber in dem Maße sinnlos (jedenfalls hinsichtlich ihres Schutz- und Fürsorgezweckes für den Entmündigten), wie diesem nach seiner Entmündigung nicht eine angemessene Zuwendung zuteil wird, da er seine Angelegenheiten selber nicht mehr besorgen kann. Eine hohe Entmündigungsrate fördert aber diese - oft beklagte - mangelhafte Betreuung Entmündigter, weil so die wenigen zur Übernahme einer Vormundschaft bereiten und geeigneten Personen mit einer Vielzahl von Mündeln überlastet werden. Der Einsatz bezahlter Berufsvormünder steht in einer Zeit knapper öffentlicher Kassen eigentlich nicht zur Debatte. So läßt sich die aus der Überlastung der Vormünder resultierende ungenügende Fürsorge für die Entmündigten nur durch eine Reduzierung ihrer Zahl verbessern (vgl. 13, 29). Dem Verf. ist keine ernstzunehmende Äußerung in der Literatur bekannt, die sich etwa über eine zu geringe Zahl von Entmündigungen in Baden-

Württemberg oder Hessen beklagt, weil dadurch nicht entmündigte, aber entmündigungsbedürftige psychisch Kranke infolge Fehlverhaltens im bürgerlich-rechtlichen Bereich sich Schaden zuefügten (beide genannten Länder haben eine Entmündigungsziffer von nur 20% des Bundesdurchschnitts). Sprenger (48) plädiert zwar 1965 für eine Erhöhung der Entmündigungsquote mit dem sehr fragwürdigen Argument, daß sich an der Häufigkeit von Entmündigungen die Fürsorgebereitschaft des Staates ablesen lasse und insgesamt Fürsorgenotwendigkeit gestiegen sei. Die Entmündigung allein ist aber noch keineswegs eine Fürsorgemaßnahme, vielmehr ist die Qualität der hernach folgenden Betreuung das Entscheidende und die läßt, wie häufig in der Literatur betont wird, doch sehr oft zu wünschen übrig. Und sie würde sich bei einer Steigerung der Zahl von Entmündigungen, so ist mit einiger Berechtigung zu vermuten, gar noch weiter verschlechtern.

6. ZUSAMMENFASSUNG

Dieser Untersuchung liegt die Auswertung der Akten von 279 Entmündigungsverfahren, davon 244 am Amtsgericht München aus dem Jahr 1978 und 35 am Amtsgericht Günzburg aus den Jahren 1976 bis 1978, und von 64 Verfahren auf Aufhebung der Entmündigung im benannten Zeitraum zugrunde. Der Einzugsbereich des Amtsgerichts München repräsentiert ein Großstadtmilieu, der des Amtsgerichts Günzburg ein ländlich-kleinstädtisches. Aus den Akten wurden sozialpsychiatrisch relevante Daten über die Person des zu Entmündigenden bzw. Wiederzubemündigenden und über Ablauf und Inhalt des Verfahrens erhoben.

Des weiteren wurden die Rohdaten der Zählkartenstatistik über die Zivilprozesse hinsichtlich der Entmündigungsverfahren auf Bundesländer-Ebene (1969 - 1978) und Amtsgerichtsbezirk-Ebene (1977 und 1978) aufbereitet und mit einigen in öffentlichen Statistiken enthaltenen soziographischen Daten verglichen.

Nachdem, wie Ehrhardt (13) 1979 feststellt, auf dem Gebiet der Entmündigung detaillierte statistische Untersuchungen für den Bereich der BRD weitgehend fehlen, ist es Ziel dieser Arbeit, dem Mangel ein wenig abzuhelpfen.

Es sei darauf verwiesen, daß Wernitz (58) eine ähnlich geartete Untersuchung über die Gebrechlichkeitspflegschaft vorlegen wird.

Nachfolgend sollen kurz die wesentlichsten Ergebnisse der hier vorgelegten Untersuchung referiert werden; die zugrundeliegenden

Berechnungen erfolgten maschinell mit Hilfe des statistischen Programmpaketes SPSS.

- Von Entmündigungen werden alle Alterstufen über 18 Jahren, vermehrt aber die über-65-jährigen betroffen.
- Bei den unter-65-jährigen zu Entmündigenden überwiegen ganz deutlich die Männer (die auch insgesamt überwiegen), bei den über-65-jährigen ebenso deutlich die Frauen.
- Über die Hälfte der zu Entmündigenden hat keinen Beruf erlernt; (vor allem ungelernte) Arbeiter nehmen einen wesentlich höheren, Angestellte und Beamte einen umso niedrigeren Anteil bei den zu Entmündigenden ein verglichen mit der Bevölkerung.
- Unter den zu Entmündigenden (mehr noch unter den letztlich Entmündigten) findet sich ein recht hoher Prozentsatz von Vorbestraften: 18 bzw. 24%.
- Bei fast zwei Dritteln des Kollektivs geht der Entmündigung keine weniger eingreifende gesetzliche Maßnahme voraus.
- Der Antrag auf Entmündigung stammt zu einem Drittel von Angehörigen der zu Entmündigenden und zu zwei Dritteln von der Staatsanwaltschaft auf Anregung hauptsächlich der Ärzte von psychiatrischen Großkrankenhäusern hin.
- Bei den im Gutachten des psychiatrischen Sachverständigen über den zu Entmündigenden genannten Diagnosen sind die organischen Psychosen am häufigsten (28%), wobei unter diesen präsenile und senile Demenzen ganz im Vordergrund stehen; es folgen Sucht(folge)erkrankungen (22%), Schizophrenien (20%) und Oligophrenie (18%); Neurosen und Psychopathien haben

bei den in Entmündigungsgutachten gestellten Hauptdiagnosen nur einen sehr geringen Anteil (3%), spielen aber als Nebendiagnosen eine gewisse Rolle. Häufigste Entmündigungsdiagnosen sind bei Männern Sucht(folge)krankheiten, bei Frauen, von denen die Mehrheit über 65 Jahre alt ist, senile Demenzen.

- Nur knapp ein Zehntel aller zu Entmündigenden zieht einen Rechtsanwalt im Verfahren zu, doch wird in diesem Fall auffällig seltener eine Entmündigung ausgesprochen; über 60% der nicht durch einen Rechtsanwalt vertretenen zu Entmündigenden, aber nur 12% derjenigen mit Beistand eines Rechtsanwaltes werden entmündigt.
- In etwa sechs von zehn Fällen endet das Verfahren mit einer Entmündigung, etwas öfter wegen Geistesschwäche als wegen Geisteskrankheit; nur 2% aller Entmündigungen erfolgen wegen Trunk- oder Rauschgiftsucht, keine wegen Verschwendung.
- Die Übereinstimmung von Gerichtsbeschluß und vom psychiatrischen Sachverständigen im Gutachten vorgeschlagener Maßnahme ist mit über 95% sehr weitgehend.
- Über die Hälfte der zu Entmündigenden wird unter vorläufige Vormundschaft gestellt.
- Bei über der Hälfte der Entmündigten des untersuchten Kollektivs fungieren einige wenige Rechtsanwälte, die zumeist schon eine größere Anzahl von Mündeln zu betreuen haben, als Vormünder, bei einem Drittel Angehörige und bei 10% Ämter und karitative Vereinigungen.
- Bei den Wiederbemündigungsverfahren überwiegen die Frauen mit mehr als zwei Dritteln (aber: mehr Männer als Frauen

werden entmündigt); mehr als die Hälfte der vormaligen Entmündigungsdiagnosen der Wiederzubemündigenden entfallen dabei auf den schizophrenen Formenkreis.

- Etwa jeder siebente Entmündigte wird irgendwann, meist vier bis acht Jahre nach seiner Entmündigung, wiederbemündigt.
- In München (Großstadt mit Nahbereich) werden deutlich mehr alte Menschen entmündigt als in Günzburg (Kleinstadt und Landkreis); dadurch vor allem bedingt (s.o.) besteht ein sehr starkes Übergewicht der Männer unter den in Günzburg Entmündigten.
- In München ist der Anteil der senilen Demenzen und Sucht(folge)krankheiten höher, in Günzburg derjenige der Schizophrenien und Oligophrenie.
- In Günzburg werden viel seltener vorläufige Vormundschaften errichtet.
- Die jährliche Zahl der Entmündigungen pro 100.000 der Wohnbevölkerung (= Entmündigungsziffer) ist in den einzelnen Bundesländern bei bundeseinheitlicher Entmündigungsgesetzgebung stark unterschiedlich; beispielsweise liegt die Entmündigungsziffer in Schleswig-Holstein neunmal höher als in Hessen, Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg.
- Entmündigung wegen Trunk- oder Rauschgiftsucht spielt gegenüber der Entmündigung wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche nur eine untergeordnete Rolle; lediglich 8% aller Entmündigungen entfallen im Bundesdurchschnitt auf jenen Entmündigungsgrund.
- Entmündigung wegen Verschwendung ist eine Rarität: nur jede

400ste Entmündigung erfolgt deswegen.

- In den einzelnen Bundesländern ist der Anteil der letztlich ausgesprochenen Entmündigungen an allen begonnenen Entmündigungsverfahren unterschiedlich: so beträgt er z.B. im Saarland 24%, dagegen in Schleswig-Holstein 58%.
- Im städtischen Bereich (= kreisfreie Städte) wird die Entmündigungsziffer umso höher, je weniger Altenheimplätze für die Über-65-jährige Bevölkerung vorhanden sind.
- Die Dichte der Versorgung mit niedergelassenen Nervenärzten korreliert nur gering (abschwächend) mit der Entmündigungsziffer.

7. LITERATURVERZEICHNIS

1. Bayerisches Statistisches Landesamt: Statistisches Jahrbuch für Bayern 1978, München 1979
2. ders.: Verzeichnis der Heime für Alte und behinderte Volljährige, München 1979
3. ders.: Kreisdaten, München 1979
4. Bundesregierung der BRD (Hrsg.): Bericht zur Lage der Psychiatrie in der BRD, Bundesdrucksache 7/4200 und 7/4201, Bonn 1974
5. Cabanis, D.: Zum Problem der psychiatrischen Begutachtung vor Gericht, Hippokrates 37, 405-408 (1966)
6. Degkwitz, R.: Zur Planung der Verbesserung der Lage der psychisch Kranken in der BRD, Nervenarzt 44, 585-593 (1973)
7. Delden, G. van: Fehlender Rechtsschutz in Entmündigungsverfahren, ZRP 1979 (2), 34-35 (1979)
8. Diamand, W.: Vorläufige Vormundschaft und Gebrechlichkeitspflegschaft als Ersatz für Entmündigung, Jur. Diss., Tübingen 1931
9. Dilling, H.: Gemeindepsychiatrie und Rehabilitation in England, Nervenarzt 41, 277-286 (1970)
10. Eckmann, F. et al.: Psychiatrische Dokumentations- und Informationsverfahren, Nervenarzt 44, 561-568 (1973)
11. Ehrhardt, H.: Nochmals zur Registrierung psychisch Kranker, Nervenarzt 41, 471-472 (1970)
12. ders.: Registrierpflicht für psychisch Kranke?, Nervenarzt 41, 361 (1970)

13. ders.: Probleme einer Reform des Entmündigungs- und Vormundschaftsrechts, in: Jugendpsychiatrie und Recht (Festschrift für H. Stutte), Hrsg.: Remschmidt, M. und H. Schüler-Springorum, Heymans, Köln 1979
14. ders.: Die Unterbringung der psychisch Kranken als ärztlich-rechtliches Grenzproblem, Nervenarzt 37, 108-109 (1966)
15. ders. und W. Villinger: Forensische und administrative Psychiatrie, in: Psychiatrie der Gegenwart (Bd. 3), Hrsg.: Gruhle, H. W., Springer, Berlin 1961
16. Eisen, G. (Hrsg.): Handwörterbuch der Rechtsmedizin für Sachverständige und Juristen (Bd. 3), Enke, Stuttgart 1974
17. Franke, W.: Die Anstaltsunterbringung psychisch und Suchtkranker als rechtliches und ärztliches Problem in juristischer Sicht, Med. Klin. 62, 1143-1146 (1967)
18. ders.: In dubio pro libertate in gerichtlichen Freiheitsentziehungsverfahren bei Anstaltsunterbringung psychisch Kranker und Süchtiger, Med. Klin. 64, 2217-2221 (1969)
19. ders.: Die gerichtlichen Freiheitsentziehungsverfahren bei Anstaltsunterbringung psychisch Kranker und Süchtiger, Med. Klin. 62, 2042-2046 (1967)
20. Gabor, M.: Die Beziehungen entmündigter Patienten zu ihrem Vormund, Med. Diss., Düsseldorf 1973
21. Göppinger, H. und H. Witter (Hrsg.): Handbuch der forensischen Psychiatrie, Springer, Berlin 1972
22. Gruhle, H. W.: Gutachtentechnik, Springer, Berlin 1955
23. Harrer, G.: Freiheit und Freiheitsverlust in der Psychiatrie, Ther. Ggw. 113, 7-10 (1974)
24. Hartmann, G.: Die Entmündigung als Mittel der Verbrechens-

verhütung, Röhrscheid, Bonn 1937

25. Hübner, A. H.: Die Entmündigung wegen Geisteskrankheit, Geistesschwäche und Trunksucht, Schoetz, Berlin 1921
26. Jessnitzer, K.: Der Psychiater als gerichtlicher Sachverständiger, Nervenarzt 42, 365-370 (1971)
27. Jünemann, H.: Eine Untersuchung zu Problemen der Entmündigung und Vormundschaft, Med. Diss., Düsseldorf 1973
28. Justizministerium der Bundesrepublik Österreich: Entwurf für eine Neufassung der Entmündigungsgesetzgebung, Wien 1979
29. Koester, H.: Vormundschaften bei hospitalisierten psychisch Kranken - Hilfe oder Behinderung in Behandlung und Rehabilitation, 10. Psychiatertagung des Landschaftsverbandes Rheinland, Köln 1974
30. ders.: Zur Weiterentwicklung des Vormundschafts- und Pflegschaftsrechts, Psychiat. Prax. 6, 54-58 (1979)
31. Köster, R.: Der psychisch Kranke in unserer Gesellschaft, Wege und Möglichkeiten einer Verbesserung der intramuralen Versorgung und der extramuralen Fürsorge, Med. Klin. 67, 1376-1382 (1972)
32. ders.: Der psychisch Kranke, seine gegenwärtige Situation und Problematik - sozialpsychiatrische Analyse, Wege und Möglichkeiten der gesellschaftlichen Eingliederung, Öff. Gesundheitswes. 35, 350-356 (1973)
33. Kretz, H.: Anspruch und Wirklichkeit der Sozialtherapie in Deutschland oder über die Unvereinbarkeit von gesetzgeberischem Sollen, juristisch-institutionellem Dürfen und psychiatrisch-sozialtherapeutischem Wollen, Psychiat.

Prax. 4, 135-149 (1977)

34. Landré, H. A.: Die Anordnung der vorläufigen Vormundschaft zur Aufnahme in ein psychiatrisches Krankenhaus, Jur. Diss., Tübingen 1955
35. Langelüdecke, A.: Gerichtliche Psychiatrie, de Gruyter, Berlin 1976
36. Mende, W.: Forensische Psychiatrie, in: Lehrbuch der Psychiatrie, Hrsg.: M. Bleuler, Springer, Berlin 1979
37. ders.: (vorläufige) Vormundschaft, in: Lexikon der Psychiatrie, Hrsg.: C. Müller, Springer, Berlin 1973
38. Meyer, E. und H. Schüler-Springorum: Zur Vormundschaft über psychisch Kranke, FamRZ 1968, 575-577 (1968)
39. Möllhoff, G.: Einige sozialmedizinische Aspekte von Suchterkrankungen, Öff. Gesundh.-Wesen 32, 449-458 (1970)
40. Müller-Hegemann, D.: Ärztliche Begutachtung und geistige Gesundheit, Psychiatr. Neurol. Med. Psychol. 22, 208-211 (1970)
41. Palandt, O.: Bürgerliches Gesetzbuch (Kommentar), Beck, München 1980 (39. Auflage)
42. Rieger, H. J.: Sachverständigengutachten bei Entmündigung wegen Trunksucht, Dtsch. Med. Wochenschr. 97, 1803 (1972)
43. Röhl, H.: Fragen des Rechtsschutzes im Entmündigungsverfahren, NJW 1960, 1378-1380 (1960)
44. Rust, M.: Zur Situation entmündigter Patienten in einem psychiatrischen Großkrankenhaus, Med. Diss., Düsseldorf 1973
45. Sauer, O.: Die Neugestaltung des Entmündigungsrechts in materieller und formeller Hinsicht unter Berücksichtigung der Regelungen der DDR, Österreichs, der Schweiz und Frank-

reichs, Jur. Diss., Marburg 1974

46. Schumann, H. und Th. Lencker: Privatrecht, in: Handbuch der forensischen Psychiatrie, Hrsg.: Göppinger/Witter, Springer, Berlin 1972
- 46a. Seidel, K. und V. Papperitz: Der Entmündigte und die Gesellschaft, Mediz.-jurist. Grenzfr. 11, 149-160 (1972)
47. dies.: Das Entmündigtenproblem in sozialpsychiatrischer Sicht, Mediz.-jurist. Grenzfr. 12, 3-79 (1972)
48. Sprenger, E.: Vergleichende Untersuchung zur Frage der Entmündigung wegen Geisteskrankheit und Geistesschwäche, Med. Diss., Mainz 1965
49. Statistisches Bundesamt der BRD: Fachserie 10 (Rechtspflege), Reihe 2.1, Zivilgerichte, Kohlhammer, Wiesbaden 1979
50. ders.: Fachserie 13 (Sozialleistungen), Reihe 6, Kohlhammer, Wiesbaden 1979
51. ders.: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland (1966 - 1979), Kohlhammer, Wiesbaden 1967-1980
52. Stoltenhoff, H.: Entmündigung und Bemündigung aus der Sicht des Psychiaters, Mediz.-jurist. Grenzfr. 11, 143-147 (1972)
53. Wegener, H.: Forensische Probleme des höheren Lebensalters, Med. Welt 24, 1785-1792 (1973)
54. ders. und P. Temming: Gedanken zur Problematik bei der Entmündigung von psychisch Kranken, ÄM 44, 2253-2257 (1963)
55. Winkler, W. Th.: Zum Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten, Nervenarzt 41, 548-554 (1970)
56. Witter, H.: Grundriß der gerichtlichen Psychologie und Psychiatrie, Springer, Berlin 1970

57. Unveröffentlichte Daten der Statistischen Landesämter von Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein über die Zählkartenstatistik der Zivilprozesse, 1978 und 1979
58. Wernitz, W. (unveröffentlicht): (Über die Gebrechlichkeitspflegschaft, Med. Diss., München)
59. Wroblewski, H. (unveröffentlicht): (Über Unterbringung psychisch Kranker nach Länderrecht, Med. Diss., München)
60. Müller, I. (unveröffentlicht): (Über Unterbringung psychisch Kranker nach Länderrecht, Med. Diss., München)

Danke!

Zu danken habe ich Herrn Prof. Dr. W. Mende für die Überlassung des Themas und wissenschaftlichen Beistand, für den ich besonders auch Herrn Dr. D. Seidemann danken möchte. Für freundliche Unterstützung bei der Erfassung der Gerichtsakten bedanke ich mich bei Fr. Haller und H. Herdteis, Sachbearbeitern am Amtsgericht München.

Und ich danke Brigitte, die ich über meiner Dissertation des öfteren vernachlässigt habe, für ihr Verständnis.

Lebenslauf

- 1952 (7. März) als Sohn des kaufmännischen Angestellten Paul Stiglmaier und seiner Frau Erna in Augsburg geboren
- 1958 Einschulung in der Volksschule in Nordendorf
- 1963 Übertritt an das Humanistische Gymnasium bei St. Stephan in Augsburg
- 1972 dort Abitur
- Aufnahme eines Chemiestudiums an der Ludwig-Maximilians-Universität in München
- 1974 (November) Beginn des Studiums der Humanmedizin an derselben Hochschule
- 1981 (4. Mai) Bestehen des medizinischen Staatsexamens
- (27. Juli) Approbation als Arzt

